Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung: Prag, II., Havlíčkova nám. 32.

Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . Kč 16.—
vierteljährlich . . „ 48.—
halbjährig . . . . „ 96.—
ganzjährig . . . . „ 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einsendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

4. Jahrgang. Samstag, 20. Dezember 1924. Nr. 297.

Die Ueberoppositionellen.

Der Protest gegen den Anschlag auf die Staatsbediensteten, in dem sich die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten mit den meisten anderen oppositionellen Parteien international vereinigten, hat nichts zu tun mit der sagenhaften „nationalen Einheitsfront", von der die Deutschbürgerlichen fabeln und die aus prinzipiellen, sozialen und politischen Gründen nicht möglich ist. Das war einfach der gemeinsame Aufschrei gegen die Gewalttat des Koalitionsfaszismus aus dem Gefühl der gemeinsamen Empörung und der beleidigten Menschlichkeit heraus. Bis zur Ausschöpfung der letzten Möglichkeit wurde versucht, an die Vernunft und Einsicht der Regierung zu appellieren, da aber alles an dem stiernackigen Starrsinn der allnationalen Koalition scheiterte, gab es nur eines: offen vor aller Welt zu dokumentieren, daß alle Parteien, die außerhalb der Koalition stehen, ohne Rücksicht auf politische Richtung und Nationalität, einig sind in der Verurteilung des fluchwürdigen Systems, das viele zehntausende Menschen in Unglück, Elend, Entrechtung und Verzweiflung zu stürzen sich anschickt, und daß sie in voller Einmütigkeit die Verantwortung für diese Tat einer um den Verstand gekommenen Gewalt der Regierung und ihrer Mehrheit aufladen. Etwa 90 Abgeordnete waren es, welche diesen Schritt vollzogen und die nach Abgabe der von dem Redner unserer Partei vorgetragenen gemeinsamen Protesterklärung demonstrativ den Sitzungssaal verließen. Wäre die Opposition in voller Einheit aufgetreten, so wäre die Kundgebung noch wirkungsvoller gewesen, denn dann wären die koalierten Ja-Sager ganz allein unter sich geblieben und es hätte sich gezeigt, daß alles was nicht in das Joch der Koalition eingespannt ist, angesichts der drohenden Gefahren, welche die Diktatur der herrschenden Klique zeitigt, in der Brandmarkung dieses Bedrückungssystems einig ist. Wenn jemals ein Anlaß bestand, diese Einmütigkeit zu betonen, so war es dieses heimtückische, grausame Attentat auf zehntausende Menschen, deren Existenz der nationalistischen und politischen Habgier der Machthaber aufgeopfert werden soll.

Dennoch fanden sich oppositionelle Parteien, die sich ihr eigenes Kanönchen kauften, auf eigene Faust und nicht nur gegen Parlamentsmehrheit, sondern auch gegen die Opposition Krieg führten. In Deutschland würde man diese Parteien mit den Namen Scholem und Tirpitz symbolisieren, hier werden sie von den Namen Kreibich und Schollich gekennzeichnet. Es waren die Deutsche Nationalpartei und — wer denn sonst? — die Kommunisten, welche gerade diese Gelegenheit benützten, um an dem Feuer der Empörung ihr spezielles, fettaugenloses Parteisüppchen zu kochen und die auch in diesem Augenblick nicht daran vergaßen, durch Hinauflizitieren ihres oppositionellen Standpunktes womöglich in den anderen Oppositionslagern ein paar Proselyten zu werben.

Die Deutsche Nationalpartei des Herrn Dr. Lodgman pflegt gemeinhin am lautesten nach der Einheitsfront der Opposition zu rufen und erst vorgestern druckte die „Sudetendeutsche Tageszeitung" eine in Mähr.-Ostrau gehaltene Rede des Senators Oberleithner ab, die auf das Thema gestimmt war: „Deutsche aller Parteien, vereinigt Euch!" Bei der Aktion gegen die Beamtenvorlagen aber, die tausendmal wichtiger war, als die jedes Wirklichkeitssinnes entbehrende nationale Einheitsfront, die nur zur Bemäntelung der natürlichen Klassengegensätze dienen könnte, trennten sich die Deutschnationalen von den anderen deutschbürgerlichen Parteien, und als über das Schicksal der Staatsangestellten entschieden wurde, blieben sie dem Hause ferne. An den Ausschußberatungen nahmen sie nicht teil und sie erschienen auch nicht im Hause, als es galt, gegen das an den Staatsangestellten verübte Unrecht anzukämpfen. Angeblich war ihnen die Taktik der anderen Oppositionsparteien zu schwächlich. Da wählten sie nun das überoppositionelle Mittel, daß sie überhaupt nichts taten. Während die „schwächlichen" Oppositionsparteien im Hause für die bedrohten Staatsangestellten sich mit allen Kräften einsetzten, „kämpften" die überradikalen Deutschnationalen durch ein — Kommunique, also durch eine Zeitungsnotiz, und sie bewiesen ihre Strammheit, indem sie fern vom Parlamente ihre Weihnachtseinkäufe besorgten. Diese Gesellschaft soll uns noch einmal mit der nationalen Einheitsfront kommen! Sie ist für die Einheitsfront und für das Zusammengehen, aber nur, wenn alles nach ihrem Willen geht. Sonst sind sie die ersten, welche eine Einheitsfront sprengen, auch wenn sie dabei, wie hier, die Interessen tausender Angestellter preisgeben.

Neben den Deutschnationalen waren es die Kommunisten, die sich eine Extrawurst brieten, in der Hoffnung, es den anderen im „Radikalismus" zuvorzutun und damit ihr zerschlissenes Ansehen aufzufrischen. Gerade die Verhandlung der Beamtenvorlagen hielt Herr Kreibich für zeitgemäß, um auf seinem hölzernen Steckenpferdchen eine Attake gegen die deutschen Sozialdemokraten zu reiten. Massen von Angestellten bangen um ihre Existenz, aber Kreibich weiß nichts besseres zu tun, als die Taktik der Kommunisten als ruhmbedeckt und glorreich, die der deutschen Sozialdemokraten als „verräterisch" zu erklären. Wenn ein Kommunist den Mund auftut, was tut er? Er schimpft! Oder er lügt! Zu mehr reicht es auch bei Kreibich nicht mehr aus. Nach ihm hatte der gemeinsame Exodus der oppositionellen Parteien keinen anderen Zweck, als den — das muß man wörtlich lesen — „der Regierung und der Koalition durch Fernbleiben die Verwirklichung ihrer Pläne zu erleichtern". Da sind Kreibich und Genossen andere Kerle! Sie alleinhaben das Patent auf oppositionelle Strategik, und sie wollten die Beamtenvorlagen totreden. Aber die Mehrheit besetzte die Rednerliste, beantragte Schluß der Debatte und wählte einen der Ihren zum Generalredner. Die Kommunisten aber standen mit langen Nasen und mit dem ganzen schönen Kriegsplan in der Tasche da, in den sie nun ihr Butterbrot einpacken konnten, das ihnen Mutter mitgegeben hatte. Kreibichs Hilfe für die Koalition bestand nicht nur darin, daß er und sein Gefolge sich dem Exodus nicht anschlossen, er fiel zur Freude der Koalition auch die abwesende Opposition in bübischer Weise an, und den deutschen Sozialdemokraten warf er vor, sie hätten mit den Kommunisten „gar nicht verhandeln wollen". Wir hätten über die Vorgänge, die der Protestaktion vorangingen, geschwiegen, aber die freche Lügenhaftigkeit dieses Kreibich zwingt uns, festzustellen, daß die Kommunisten die ersten waren, die, als die Beamtenvorlagen eingebracht wurden, an unsere Genossen mit der sehr dringlichen Forderung nach Bildung einer Einheitsfront der gesamten Opposition, inklusive der Deutschnationalen und der klerikalen Slowaken, herantraten. Kreibich selbst war dafür, nahm selber an einer Beratung teil und verhehlte nicht sein Einverständnis mit diesem Plane. Nun aber hat dieser schnoddrige k. u. k. Leutnant den Mut, auf den Mist zu steigen und zu krähen, die deutschen Sozialdemokraten hätten mit den Vertretern des „revolutionären Proletariats" — das ist nämlich der Kreibich! — nicht verhandeln wollen. Mittlerweile hatte nämlich der „revolutionäre" Flügel in der kommunistischen Fraktion beschlossen, statt mit der Opposition zu gehen, doch lieber bei Svehla auszuharren, und Kreibich glaubte mit affenartiger Behendigkeit nunmehr die deutschen Sozialdemokraten, deren Hilfe er vor wenigen Stunden nachgesucht, anfallen zu können, um damit für sich und seine Partei Reklame machen zu können. Der Erfolg der kommunistischen Extratour war die Schwächung der Opposition, aber das ficht die moskowitischen Oberrevolutionäre nicht an, haben sie doch auch, als die Koalition nach der Budgetdebatte vereinsamt war, wacker ausgehalten und die Beschlußfähigkeit der „Schwatzbude" sichern helfen.

Trotz dieser Extravaganzen der Gruppen um Kreibich und Schollich hat die Protestaktion der Opposition die Mehrheit betroffen gemacht. Die Ueberoppositionellen haben durch ihre blamable Eigenbrödelei die Bedeutung dieses Vorgehens nicht herabzumindern vermocht. Ueber die wackeren Deutschnationalen aber, die ohne Schwertstreich davonliefen, und über die Kommunisten, welche den Abwehrkampf gegen ein schreiendes Unrecht zu einem Angriff auf die Opposition zu benützen suchten, mögen sich die Staatsangestellten und die arbeitende Bevölkerung überhaupt, ihr Urteil bilden!

Schluß der Vorweihnachts-Tagung.

Prag, 19. Dezember.

Die gestrige Sitzung des Abgeordnetenhauses war die letzte dieses Jahres. Nach den bewegten Tagen, die das Haus gesehen hat, ist die heutige Sitzung ruhig verlaufen. Die Vorweihnachtstagung wurde mit den üblichen Wünschen des Präsidenten Tomaschek geschlossen, was die Koalitionsabgeordneten, die sich von ihren Sitzen erhoben hatten, mit Beifall quittierten. Die Pause, die nunmehr in den Arbeiten des Abgeordnetenhauses eintritt, dürfte bis Mitte Jänner währen.

*

Das Abgeordnetenhaus erledigte in seiner gestrigen Sitzung zunächst das Gesetz über die Gewährung der Pupilarsicherheit der Schuldverschreibungen der Stadt Brünn im Nominalwerte von 50 Millionen Kronen und nahm sodann die zweiten Lesungen der Staatsangestelltenvorlagen vor.

Eine beschönigende Regierungserklärung.

Hiebei gab Innenminister **Malypetr** eine Erklärung ab, in der er versicherte, daß die Staatsangestellten-Gesetze nur in der sachlichen Notwendigkeit und im Interesse des Staates ihre Begründung haben. Aehnliche Maßnahmen seien auch bei anderen Staaten erfolgt, wo es allerdings viel früher hiezu kam und wo die Art eine schärfere war, als bei uns. Dieselben Grundsätze, die bei der Entstehung der Vorlagen entscheidend waren, werden auch bei ihrer Durchführung eingehalten werden. Mit Rücksicht auf die Vermutungen, daß die Vorbereitung der gesetzlichen und Verwaltungsmaßnahmen, die im § 3 angeführt werden, in die Ferne geschoben werden könnte, erklärt der Minister, daß die Regierung mit größter Beschleunigung alles tun werde, um die betreffenden Gesetze möglichst bald vorzulegen. Die Regierung ist überzeugt, daß auch die gesetzgebenden Faktoren intensiv daran arbeiten werden, daß die im erwähnten Paragraphen bestimmte Frist eingehalten und die nötigen gesetzgeberischen Arbeiten rechtzeitig vorgenommen werden.

Zum

handelspolitischen Ermächtigungsgesetz

sprach Genosse **Kaufmann**.

Er sagte u. a.: Die in Verhandlung stehende Vorlage ist ein Ermächtigungsgesetz, das sich den in letzter Zeit beschlossenen Ermächtigungen der Regierung anschließt. Das neue Gesetz sagt im § 1, daß die Regierung ermächtigt wird, mit Zustimmung des Präsidenten der Republik, die mit ausländischen Staaten vereinbarten Handelsverträge in Wirksamkeit zu setzen. Die Frage, ob dieses neue Gesetz notwendig ist, muß verneint werden. Es gab in den fünf Jahren seit dem Umsturz viele Möglichkeiten, auf verfassungsmäßigem Wege die für uns erforderlichen Handelsverträge abzuschließen. Es hat auch an Mahnungen von unserer Seite nicht gefehlt, zum Abschlusse von Handelsverträgen mit den wichtigsten, für uns in Betracht kommenden Wirtschaftsgebieten zu schreiten. Wir haben auch die Forderung aufgestellt, daß bei den einzelnen Fachministerien Beiräte aus Vertretern der Industrie und der Arbeiterschaft beigezogen werden. Es ist auch ein solcher Beirat geschaffen worden, der aber nichts mehr und nichts weniger ist, als eine bloße Dekorationskörperschaft. Die bisherigen Regierungen haben nicht erkannt oder nicht erkennen wollen, daß eine ganz andere Politik, eine ganz andere Einstellung platzgreifen muß, um

die Schäden und Nachteile der zerschlagenen Wirtschaftsgebiete zu mildern.

Ein Großteil des ehemaligen Absatzgebietes unserer Industrie ist Auslandsgebiet geworden. Zollschranken, Schikanen und nationaler Haß der Machthaber in diesem Staate haben die Trennung noch verschärft. Anstatt durch Handelsverträge die Beziehungen neu anzuknüpfen, hat man an der alten Isolierungspolitik solange festgehalten, bis ein großer Teil der Absatzgebiete neu aufgeteilt war und für uns dauernd verloren ging. Wir müssen von dieser Stelle aus auf das schärfste Verwahrung dagegen einlegen, daß auch diese Vorlage mit Außerkraftsetzung des § 64 des Verfassungsgesetzes das

Parlament gänzlich ausschaltet

und es der Regierung überlassen wird, Handelsverträge in Kraft zu setzen. Nach den gemachten Erfahrungen müssen war darauf bestehen, daß auch die Arbeiterschaft zur Mitwirkung herangezogen werde. Vor allem aber verlangen wir auch von Ihnen Achtung vor der Verfassung. Wir verlangen, daß mit den Rechtsbrüchen endlich aufgeräumt werde, denn wir sind nicht willens, sie für die Folge ruhig hinzunehmen. Im Auftrage unseres Klubs erkläre ich, daß wir die Vorlage ablehnen, und daß wir die verfassungsmäßige Verhandlung aller Handelsverträge verlangen. (Beifall.)

Nachdem noch Abg. Kreibich gesprochen hat, wurde die Vorlage in erster Lesung angenommen. Debattelos wurde der Nachtragskredit für die Kriegsbeschädigten angenommen und sodann einige zweite Lesungen vorgenommen, sowie Immunitätsvorlagen erledigt.

In einer zweiten Sitzung wurde das Gesetz über die Zuwendungen an die Richter angenommen.

*

Die Inseratensteuer beschlossen!

Prag, 19. Dezember. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, hat die Koalition auf Antrag der tschechischen sozialistischen Parteien die Einführung einer Steuer von bezahlten Einschaltungen (Inseraten) in den Zeitungen grundsätzlich beschlossen. Das Erträgnis aus dieser Steuer soll zur teilweisen Deckung der durch die Staatsangestelltenvorlagen entstandenen Kosten verwendet werden. Den zuständigen Aemtern wurde bereits der Auftrag erteilt, die Grundzüge dieser neuen Steuer, welche progressiv sein wird, auszuarbeiten. Besonders handelt es sich um die Feststellung der Grenzen des unbesteuerbaren Umfanges der Insertion. Auch sollen gewisse Inserate aus der Steuer ausgeschlossen werden. Zu den vorbereitenden Arbeiten werden Sachverständige herangezogen werden.

*

Aus den Ausschüssen.

Der Zoll für landwirtschaftliche Maschinen.

Der landwirtschaftliche Ausschuß des Abgeordnetenhauses beschäftigte sich gestern mit der Regierungsvorlage betreffend Zollermäßigungen für die Einfuhr von Maschinen und Apparaten. Abg. Genosse Schweichhart bezeichnete als einziger Debatteredner die Vorlage als unzulänglich, da sie gewisse Tarifgruppen ausschließt und die Rückwirkung statt bis 1. Jänner 1923 nur bis 1. Juli 1924 vorsieht. Ebenso ist die Einsetzung großer Beratungskörper nicht zu empfehlen. Mit Rücksicht auf die Tatsache, daß viele Maschinen, z. B. solche für Buchdruckereien, in der Republik nicht erzeugt und deshalb vom Ausland eingeführt werden müssen, sollen die Zollbegünstigungen möglichst groß sein, ferner auch deshalb, weil in der Landwirtschaft, besonders in kleinbäuerlichen Kreisen, die Maschine eine große Rolle in der Zukunft spielen werde. Im Jahre 1921 betrug die Einfuhr von Maschinen 544 Millionen Kronen, im Jahre 1922 insgesamt 353 Millionen

Kronen, ist aber seither durch den Entzug der Zollbegünstigungen bedeutend gesunken obgleich die Notwendigkeit technischer Verbesserungen nach wie vor zwingend ist. Die Vorlage wurde von der Mehrheit unverändert angenommen. Die Deutschbürgerlichen beteiligten sich nicht an der Beratung.

Antialkoholenquete.

Der Gesundheitsausschuß hielt gestern vormittag eine Sitzung ab, in der er beschloß, im Monat Jänner eine Beratung der Interessenten einzuberufen, in der die Organisation des Kampfes gegen den Alkohol beraten werden soll. In diese Beratung sollen Vertreter der Abstinentenverbände geladen werden.

*

Karpathorussische Wirtschaft.

Scharfe Kritik Klofač's im Senat.

Prag, 19. Dezember. Die heutige Senatssitzung erledigte eine ganze Reihe von terminierten und Unifizierungsvorlagen.

Interessant war eine Rede Klofačs über die Wirtschaft der tschechischen Behörden in Karpathorußland. Es sei nötig, mit der verkehrten Politik in Karpathorußland ein Ende zu machen. Klofač fand scharfe Worte gegen das undemokratische System, welches das ganze Land beunruhigt und welches an die Zeiten Ungarns erinnert. Das Volk haßt die staatlichen Aemter, die ausschließlich von kapitalistischen Interessen beherrscht werden.

Der Regierungskommissär der Stadt Munkacz hat das städtische Elektrizitätswerk an die Ungvarer Elektrizitätsgesellschaft auf die Dauer von 39 Jahren für 110.000 K vermietet, obzwar die Stadt jährlich für elektrischen Strom allein 40.000 K zahlt.

So wurde die Stadt um Millionenbeträge geschädigt. Die von seiten der Aemter bestochene Presse habe dafür gesorgt, daß die Oeffentlichkeit hievon nichts erfährt. Diese Gesellschaft, die tatsächlich einen Gewinn von 720.000 K erzielte, legte eine falsche Bilanz vor, die bloß 120.000 K Gewinn aufwies. Redner führt weitere Fälle von Korruption an. Die Firma Granit, eine Unternehmung der „Allgemeinen Slowakischen Kreditbank", baute eine Brücke um den vereinbarten Preis von zwei Millionen und bekam nach Beendigung des Baues noch eine besondere Dotation von 70.000 K. Bei Steinlieferungen wurde die Stadt Ungvar auf ähnliche Weise um 280.000 Kronen betrogen. „So", schloß Klofač seine Ausführungen, „setzen wir in Karpathorußland die volksfeindliche magyarische Politik fort."

Auch im Senat werden Beamtenvorlagen durchgepeitscht!

Im letzten Augenblicke ist es den Koalitionsparteien eingefallen, die Beamtenvorlagen unter allen Umständen noch vor Weihnachten in Sicherheit zu bringen. Obwohl in der Präsidialsitzung am Donnerstag der einstimmige Beschluß gefaßt wurde, die Beamtenvorlagen im Senat erst ungefähr Mitte Jänner zu verhandeln und obwohl der Regierung die Mittel fehlen, um die auf Grund der Gesetze auszuzahlenden Remunerationen den Beamten geben zu können, so daß keinerlei Rechtfertigung für die Eile, die nun plötzlich entwickelt wird, besteht, hat eine gestern abend stattgefundene Sitzung der Koalitionsparteien beschlossen, die Vorlagen noch vor Weihnachten zu verabschieden. Den Koalitionsparteien, besonders jenen, hinter denen Staatsangestelltenorganisationen stehen brennt die Sache auf den Fingern, sie fürchten daß in der Zwischenzeit der Widerstand der Staatsangestellten gegen die Entrechtungsgesetze einen großen Umfang annehmen könnte und sie bestehen daher auf der raschen Verhandlung, um sich der unbequemen Proteste der Staatsangestellten zu entledigen. Die Gesetze werden in der für heute Samstag nachmittag anberaumten Senatssitzung vorgelegt werden und noch in den Abendstunden soll sie der Budgetausschuß in Verhandlung ziehen. Die Haussitzung des Senates, in der die Vorlagen auf die Tagesordnung gestellt werden, findet um 6 Uhr nachmittags statt.

Prašek gründet eine neue Partei.

Die neue Losung: „Nach rechts!"

Der Senator Prašek und der Abgeordnete Rychtera haben an den Vollzugsausschuß der agrarischen Partei folgendes Schreiben gerichtet:

„An den Vollzugsausschuß der republikanischen Partei des agrarischen und kleinbäuerlichen Volkes

in Prag.

Nach reiflicher Ueberlegung und nach zahlreichen Beratungen mit unseren Anhängern haben wir uns entschlossen, aus der republikanischen Partei auszutreten und eine neue Partei mit dem Namen „Tschechoslowakische Agrarpartei" zu gründen.

Die Gründe, die uns zu diesem Schritte bewegen, werden wir der Oeffentlichkeit in der Neujahrsnummer des Parteiorganes, das den Namen „Na pravo" führt, bekanntgeben.

Prag, den 17. Dezember 1924.

Karel Prašek.

Jaroslav Rychtera."

Der Schritt Praseks kommt nicht gerade überraschend. Seit seiner großen Rede im Senat, in der er die Politik Masaryks und Benešs angriff und offen einen Rechtskurs forderte, sprach man von der geplanten Gründung einer konservativen Partei durch Prašek. Er schien aber bis jetzt nicht den nötigen Rückhalt unter den Parteimitgliedern und Wählermassen gefunden zu haben und suchte daher im Rahmen der Partei für seine reaktionären Pläne Propaganda zu machen. Wenn er aber zu den Wahlen, die im Laufe des nächsten oder längstens des übernächsten Jahres stattfinden müssen, selbständig auftreten wollte, mußte er sich zu dem nun getanen Schritte entschließen. Die Agrarpartei hat Prašek und Rychtera bereits aufgefordert, ihre Mandate niederzulegen. Sie wird es vielleicht auch erreichen, daß die beiden Seitengänger ihrer Mandate verlustig erklärt werden. Sie könnte aber damit nicht über die Krise hinwegtäuschen, in die die Partei geraten ist. Es ist kein Zweifel, daß die stärkste und konsolidierteste Partei des tschechischen Bürgertums, die Partei des Ministerpräsidenten, schwer erschüttert ist, Praseks Gründung einer agrarischen (konservativen) Partei bedeutet eine Stärkung des reaktionär-fascistischen Flügels im tschechischen Bürgertum. Wenn die proletarischen Parteien ihn einzuschätzen wissen, dann kann er für die Klärung der politischen Lage nur von Vorteil sein. Daß Prašek mit seiner Partei eine politische Vertretung des reaktionären Großgrundbesitzes schaffen will, daran kann, nach seinen bisherigen Meinungsäußerungen und nach dem Namen, den er seiner neugegründeten Zeitung gibt („Na pravo" — „Nach rechts"), kein Zweifel bestehen.

Die Gründung der neuen Partei kann zu einer Erschütterung der Partei des Ministerpräsidenten und damit auch des ganzen Koalitionssystems führen.

Heraus mit der Selbständigenversicherung!

In Einlösung seines Versprechens hat Herr Professor Dr. Schönbaum die versicherungsmathematischen Berechnungen für die Selbständigenversicherung fertiggestellt, die schon in den allernächsten Tagen den Gegenstand der Beratung der zu diesem Zwecke seitens des Ministeriums für soziale Fürsorge eingesetzten Fachkommission bilden sollen. Die Aufgabe des Herrn Professor Dr. Schönbaum war wahrlich keine leichte. Nicht nur, daß es an einer ähnlichen Versicherung in allen anderen Staaten fehlt, ist auch bei uns noch der Umstand als erschwerend zu verzeichnen, daß auch die Selbständigenversicherung zu einem Politikum geworden ist, und daß keine jener Parteien, die vorgeben, die Interessen der Gewerbetreibenden zu vertreten, sich bereit gefunden hat, klar zu sagen, wie sie sich die Versicherung eigentlich vorstellt. Die Partei der politischen Gewerbetreibenden hat zum Beispiel ursprünglich das Verlangen gestellt, daß die Sozialversicherung der Selbständigen alle Zweige der Versicherung umfassen solle, also neben der Altersversicherung auch die Invalidenversicherung, Witwen- und Waisenversorgung und die Krankenversicherung. Die tschechischen Agrarier haben im Jahre 1921 in ihr Programm lediglich die Regelung der Altersversicherung der Selbständigen aufgenommen gehabt. Jetzt soll praktisch der Nachweis erbracht werden, welche politische Partei die Interessen der Selbständigen besser wahrnimmt. Und nun setzt der gegenseitige Konkurrenzkampf ein. Keine Partei will hinter der anderen zurückstehen, wobei noch als erschwerend hinzukommt, daß angesichts der gegenwärtigen politischen Verhältnisse Wahlen für die Nationalversammlung jeden Augenblick gewärtigt werden können, bestenfalls aber im Frühjahre 1926 unbedingt durchgeführt werden müssen. Das trägt natürlich nicht dazu bei, daß eine sachliche Arbeit geleistet wird, sondern es wird alles ausschließlich vom Standpunkte der Taktik beurteilt und behandelt. Dazu kommt noch, daß die meisten Parteien die Selbständigenversicherung ernstlich gar nicht wollen. Für sie war diese von vornherein nur ein Schlagwort. Sie, die sich in die Brust geworfen haben und den Arbeiterparteien immer den Vorwurf gemacht haben, daß sie kein Verständnis für die Bedürfnisse der Gewerbetreibenden haben, sie haben von vornherein bei dem Kampfe um das Junktim zwischen der Versicherung der Selbständigen und jener den Unselbständigen, in diesem lediglich ein Mittel zu finden geglaubt, durch welches es ihnen möglich gemacht wird, die längst fällige Sozialversicherung der Unselbständigen zu verhindern. Dieses Spiel zu durchkreuzen muß unsere vornehmste Aufgabe sein. So wie die Arbeiterschaft schon im Jahre 1889, in einer Zeit also, in der es eine politische Interessenvertretung des kleinen Mannes überhaupt nicht gegeben hat, als einzige Partei nicht nur für die Verwirklichung der Versicherung der Unselbständigen, sondern auch für jene der Selbständigen eingetreten ist, so wird es die Arbeiterschaft in erhöhtem Maße im gegenwärtigen Momente sein müssen, die mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dafür eintritt, daß die Selbständigenversicherung ehebaldigst der parlamentarischen Beratung unterbreitet und verabschiedet werde. Es muß mit aller Klarheit und Deutlichkeit den parlamentarischen Vertretern der Gewerbetreibenden gesagt werden, daß wir eine Verzögerung der Verabschiedung der Selbständigenversicherung und dadurch eine Verzögerung der Aktivierung der Sozialversicherung der Unselbständigen, unter keinen Umständen zulassen werden. Wir mögen in der Betrachtung des Wertes der Sozialversicherung der Unselbständigen verschiedener Meinung sein, in einer Hinsicht ist die Arbeiterklasse dieses Staates, und wir nehmen hiebei auch die Kommunisten nicht aus, einig, daß die vom Parlamente beschlossene Sozialversicherung der Unselbständigen längstens am 1. Jänner 1926 in Kraft treten muß.

Daß unsere Annahme richtig ist, erhellt daraus, daß in der Sitzung der Fachkommission am 16. November 1923 bereits das Resultat der vorläufigen Berechnungen zum Zwecke der ersten Information der Ausschußmitglieder über den voraussichtlichen Aufwand für diese Versicherung unterbreitet wurde. Die Fachkommission, die am 18. Oktober 1924, also nach fast einem Jahre, getagt hat, hätte auf Grund dieser Schätzungen einige grundlegende Fragen dieser Versicherung entscheiden und so die Durchführung der definitiven Berechnungen des Aufwandes und die Ausarbeitung eines Gesetzantrages ermöglichen sollen. Die Sitzung hat diese Entscheidung nicht getroffen, da einige Mitglieder der Kommission das Verlangen gestellt haben, daß neue Berechnungen angestellt werden, bevor sie sich mit den Organisationen der Interessenten, die sie zu vertreten haben, verständigen werden. Herr Professor Dr. Schönbaum sagt nun in seinem Berichte wörtlich folgendes:

> Damit überhaupt eine Entscheidung über diese Fragen herbeigeführt wird hat der Gefertigte auf sich die schwere Aufgabe genommen, die genauen Berechnungen des Aufwandes der Versicherung durchzuführen, und zwar früher, bevor die Grundsätze der Versicherung festgelegt werden. Daß diese schwierige Aufgabe innerhalb so kurzer Zeit erfüllt werden konnte, ist in erster Linie ein Verdienst der Beamten der Kanzlei zur Vorbereitung der Sozialversicherung, mit ihrem Vorstande Professor Lenz an der Spitze. Außerdem wurde die Arbeit beschleunigt durch den Umstand, daß bei der Ausarbeitung der Arbeiterversicherung schon an die vorbereitenden Arbeiten für die Versicherung der Selbständigen gedacht wurde.

Nun liegt der Fachkommission ein versicherungsmathematisches Elaborat vor. An der Hand dieses Elaborates muß nun die Fachkommission in der nächsten Sitzung die Entscheidung fällen. Sollte unsere Vermutung sich bestätigen, daß die der Beratung der Fachkommission zugezogenen Interessentenvertreter mit einer Verschleppungstaktik einsetzen, dann muß die Regierung, wenn sie ihr Wort, das sie der Arbeiterschaft gegeben hat, einlösen will, selbst daran gehen, den Entwurf auszuarbeiten und dem Hause zu unterbreiten. Eine weitere Verzögerung dieser Angelegenheit würde die Arbeiterschaft nicht vertragen.

Der Gletscher.

Ein neuer Mythos vom ersten Menschen.

(1) Von Johannes V. Jensen.

Dreng.

Im Urwald brannte ein Feuer, das einzige auf Meilen im Umkreis. Es war auf einem offenen Platz unter einer schräg überhängenden Felswand angezündet, die den Wind abhielt. Oben ging schwer der Sturm durch den Wald, die Nacht war dunkel, nicht Mond nicht Stern. Es regnete. Aber das Feuer unter dem Felsen stieg ruhig, in klaren Flammen, von einem Haufen Reisig in die Luft. Der Schein bildete gleichsam eine Höhle in der tiefen Nacht.

Rund um das Feuer lag eine Gruppe von Menschen und schlief. Alle so nah der Helle, als sie nur konnten. Sie waren nackt. Es waren bloß Männer. Jeder schlief mit seiner Keule in der Hand oder so dicht neben sich, daß er sie im Schlaf erreichen konnte. Geflochtene Körbe mit allerhand Vorräten, Früchten und Wurzeln lager im Gras um das Feuer herum, dessen runder Lichtkreis die Gruppe in dem wilden Wald umschloß. Ein paar Schritte außerhalb des Felsens, wo der Regen fiel und das Dunkel lauerte, schimmerten bleich die Reste eines geschlachteten zebraähnlichen Tiers eines Feueropfers . . . .

Bloß einer von der Gruppe war wach. Er saß beim Holzstoß, ohne sich zu regen; aber seine Augen standen keinen Augenblick still. Es war ein großer, schwergliedriger Bursch von ungewöhnlich starkem Wuchs, wenn auch noch nicht reif. Neben sich hatte er einen mächtig großen Haufen von Zweigen und Reisig von dem er ab und zu etwas nahm, um es aufs Feuer zu legen. Wenn dies auch nur so weit sank, daß die Aeußersten der Gruppe außerhalb der Lichthöhlenrand zu liegen kamen, wurden sie sofort unruhig im Schlaf. Aber es geschah nicht oft. Der Bursch hatte eine ganz eigene Uebung darin, die Flamme immer gleichmäßig zu erhalten. Er wußte, wieviel Holz er hatte und wie lang die Nacht war. Ohne daß sich seine Gedanken damit zu beschäftigen brauchten, versorgte er das Feuer und saß im übrigen, einsam, ruhig, alle Sinne auf das wilde Dunkel des Waldes gerichtet. In der Linken hielt er einen Flintkeil, noch roh geformt, und wenn der Holzstoß gleichmäßig brannte oder sonst nichts seine Aufmerksamkeit in Anspruch nahm, richtete er einen kurzen Hirschgeweihstab gegen die oder jene Stelle des Steines und stemmte nach langer und genauer Berechnung einen Splitter ab, der ins Feuer flog. Darauf untersuchte er das Resultat — wog das Stück Flint, das ein Beil werden sollte, wie noch keines Menschen Blick es gesehen hatte, in der Hand, und prüfte es mit den Augen eindringlich von allen Seiten, während er den Hirschzinken wieder ansetzte und die Lage des nächsten Splitters berechnete, der ihm die Form, die er vor Augen sah, verbarg. Ueber seine rohen Züge ging ein schöpferisches Leuchten, ein visionärer Schein, wie er da saß und aus dem Stein ein Geräte hervorlockte; er funkelte vor Klugheit, während er so probierte und sich vorwärtstastete. Aber wenn er dann einen Splitter abstemmte, setzte er darein eine Kraft, die das Hirschgeweih glatt durch das Hirn eines Mannes hätte treiben können. Er strammte den Rücken, als gält es einen Berg zu heben, just wenn es sich bloß um ein Stückchen Splitter, nur ein Stückchen handelte. Eine Waffe sollte das werden — ohnegleichen! Dicht bei seinem Knie lag das Beil, mit dem er Holz fürs Feuer hieb; ein ärmlicher Steinscharben, ohne Form und Schneide; aber es war heilig, war ein Erbteil des Geschlechts, das sein Schicksal bestimmt hatte.

Dreng hieß er. Von Geburt an war er dazu geweiht, das Feuer zu hüten, gehörte zu der hoch angesehenen unr gefürchteten Familie, deren Glieder alle das Vorrecht hatten, der Flamme zu warten und ihre Opfer entgegenzunehmen.

Dies Privilegium war so alt, daß niemand so recht mehr sich seines Ursprungs erinnerte. Es ging eine ungewisse Sage von einem Mann des Stamms, der dereinst in uneigennützigem Wahnwitz den Berg gestürmt hatte, wo der Feuergeist der knisternde Verzehrer, wohnte; und der unversehrt mit einer Flamme am Ende eines Astes zurückgekehrt war. Der Stamm warf selbstverständlich den Besessenen, den Geiern zum Fraß, auf den Aashaufen, aber das Feuer behielt man und war froh daran. Dem Unseligen, der es geraubt hatte, ward später Rechtfertigung durch einen schönen Nachruhm, indem man die Geier schützte und sie zum Gegenstand göttlicher Verehrung machte; man glaubte nämlich, die Seelen derer, die sie verzehrt hätten wohnten in ihnen. Feuer aber und Feueropfer vererbten sich im Geschlecht jenes Mannes fort, und einer dieser Nachkommen war Dreng. Er genoß das Ansehen seines Vorfahren, wa raber aus verschiedenen Ursachen ziemlich gefürchtet.

Dreng war ein Krieger. Das Feuergeschlecht pflegte sich sonst nicht durch Mannhaftigkeit auszuzeichnen; die Arbeit war leicht, und sie lebten zu gut von dem Wild, das dem Feuer geopfert wurde. Die Auserwählten des Stammes waren meist schwächliche Stillsitzer, die sich aus Mangel an Kraft mit Zauberei und sonstiger feiger Fingerfertigkeit halfen. In den meisten anderen Stämmen, von denen man zwar wußte, mit denen man aber nie in Berührung kam ward das Feuer von den Weibern gehütet und die Arbeit als eines Mannes nicht würdig geachtet. Natürlich lag das lediglich an der Unwissenheit und dem ganzen niedrigen Standpunkt der betreffenden fremden Stämme. Schade nur, daß der mürrische Dreng die Anschauungen der fremden Wilden zu teilen schien, sich oft voll Verachtung über sein Amt aussprach und Backenstreiche austeilte, wenn man ihn darum schalt. Dreng schlug seinen letzten Vorgängern nicht nach; er unterschied sich frühzeitig von ihnen durch eine Neigung zur Einsamkeit. Das Feuer hütete er besser, als es je gehütet worden war, aber finsteren Antlitzes; er lag nicht auf dem Bauch vor dem brennenden Geist, sondern gab ihm ganz methodisch etwas zu beißen; er fällte seine Bäume für den Scheiterhaufen, als wären es ebensoviele heißersehnte Totschläge, und die Angesehenen des Stammes sahen das nicht gern. Er hatte kräftige Hände und machte die trefflichsten Waffen; aber es ziemte sich nun einmal nicht.

Schon als ganz junger Wicht hatte Dreng die für einen künftigen „Auserwählten" wenig passende Neigung gezeigt, auf die Jagd zu gehen; und das nicht etwa herdenweise mit den anderen jüngsten Jägern des Stammes, sondern ungesellig und allein; es war noch ein Knabe, als er mit einem abgebrochenen, im Feuer gehärteten Eschenzweig ein Füllen des dreizehigen Pferdes, ein andermal einen jungen Höhlenbären oder ein drallen, malvenfarbiges, noch hornloses Rhinozeroskalb erlegte und heimgeschleppt brachte. Damals sah man ihm noch durch die Finger. Aber es kam die Zeit, da ihm das heilige Brandbeil feierlich übergeben und er zu dem langen, ruhmlosen Leben eines Hüters des Feuers geweiht ward. Die sorglose Kindheit hatte ein Ende. Dreng versuchte wohl noch, wenn ein anderer der Familie den Dienst beim Feuer versah, auf ein paar Stunden in den Wald zu rennen; aber man verargte ihm seine Weltlichkeit mehr und mehr und fand Mittel ihm nach jedem Ausflug das Leben so sauer zu machen, daß er lieber darauf verzichtete. Doch die Abenteuerlust saß ihm im Blut und suchte sich einen Abfluß in einem stark bewegten Innenleben.

(Fortsetzung folgt.)

Ein unschöner Kniff des „Pravo Lidu".

Mit fetten Lettern weiß das gestrige Abendblatt des „Pravo Lidu" den tschechischen Arbeitern von einem „unschönen Kniff der deutschen Sozialdemokraten" zu berichten, welche sich angeblich an die tschechischen Genossen gewendet haben, um Verhandlungen mit der Regierung anzubahnen und die dann, obwohl durch Vermittlung der tschechischen Genossen ausschließlich eine Vorsprache der deutschen Sozialdemokraten vereinbart wurde, in Begleitung der Deutschbürgerlichen und Slowaken bei Svehla erschienen seien. Der „Večernik Prava Lidu" ist damit in seinem gehässigen Kampf gegen eine Bruderpartei bei der bewußten Unwahrheit und beim Mißbrauch parteigenössischer Besprechungen angelangt. Die Genossen Hampel, Winter, Svoboda und Pavel werden bestätigen müssen, daß die Genossen Dr. Czech und Taub ausdrücklich erklärt haben, daß eine gemeinsame Vorsprache aller oppositioneller deutschen Parteien mit Ausnahme der Nationalpartei, aller ungarischen Parteien, sowie der slowakischen Volkspartei gewünscht werde. Es ist möglich, daß die Genossen das mißverstanden haben, da Genosse Meißner dem Ministerpräsidenten bloß die Vorsprache der deutschen Sozialdemokraten ankündigte, aber Genosse Taub hat, als er davon benachrichtigt wurde, sofort dem Ministerpräsidenten das Mißverständnis aufgeklärt und mit ihm die Vorsprache aller Oppositionsparteien vereinbart, sowie auch dem Genossen Meißner hievon Mitteilung gemacht.

Ebenso unwahr ist die Behauptung, daß Genosse Dr. Czech einen Vortrag gehalten habe, in welchem er die Auflösung der ganzen tschechoslowakischen Armee verlangte; richtig ist aber selbstverständlich, daß Genosse Dr. Czech bei den Verhandlungen mit dem Ministerpräsidenten, ebenso wie es Genosse Grünzner im offenen Hause getan hatte, die Forderung erhob, daß vor allem an den Abbau der ungeheuerlichen Militärlasten geschritten werde, wenn gespart werden soll. (Es dürfte dem Chefredakteur Josef Stivin nicht unbekannt sein, daß alle sozialdemokratischen Parteien diesen Standpunkt vertreten, es ist daher rätselhaft, wieso er ihn als unsinnig bezeichnen konnte.) Total aus den Fingern gesogen ist auch der Bericht über angeblich schroffe Zurückweisungen durch den Ministerpräsidenten.

Natürlich ist es auch Legende, daß sich die deutsche Sozialdemokratie — im Widerspruch zu ihren Erklärungen — an die Spitze einer oppositionellen Einheitsfront gestellt hat. Es haben vielmehr alle Parteien, welche mit Grund befürchten, daß ihre Angehörigen von dem bevorstehenden Abbau am härtesten betroffen werden sollen, sich auf ein taktisches Zusammengehen für einen bestimmten Fall geeinigt, was genau den gefaßten und veröffentlichten Beschlüssen entspricht. Der Zweck der Vorsprache wurde nicht erreicht, weil Ministerpräsident Svehla die geforderten gesetzlichen Garantien gegen nationalistische Willkür nicht zuzusagen vermochte.

Daher die gemeinsame Erklärung der Parteien, welche nicht etwa durch tschechenfeindliche Gehässigkeit, sondern in diesem Falle und für diesen Fall durch die gemeinsame Sorge für die ihnen nahestehenden Staatsangestellten und Arbeiter verbunden waren.

Wir haben auf die in letzter Zeit gegen uns geführte Pressekampagne nur so weit reagiert, als es zur Widerlegung unrichtiger oder entstellter Darstellungen unbedingt notwendig war. Aber die tschechischen Genossen werden einsehen müssen, daß unsere Geduld eine Grenze hat. Die maßgebenden Parteiinstanzen werden also offen erklären müssen, ob sie alle Ausschreitungen ihres Abendblattes billigen, ob es also der Wille der Partei ist, das Verhältnis zwischen deutscher und tschechischer Sozialdemokratie auch dann zu vergiften, wenn von deutscher Seite, wie in diesem Falle durch vorherige Klarstellung alles geschehen ist, um Mißverständnisse zu verhindern.

Die Gauverwaltung. In der „Tribuna" macht Dr. Karl Lauda einen Vorschlag, wie die Gauverwaltung nach und nach durchgeführt werden könnte. Zunächst soll ein Gesetz über die vorübergehende Organisierung der Gau- und Bezirksämter herausgegeben werden, mit welcher die Länder Böhmen, Mähren und Schlesien für eine vorübergehende Zeit als Gaue im Sinne des Gaugesetzes erklärt werden. Damit würden die Landesausschüsse und die damit verbundene Agenda verschwinden, da diese Agenda mit derjenigen der politischen Landesverwaltungen vereinigt würde. Gleichzeitig würde die Bevölkerung die Möglichkeit der Kontrolle der politischen Landesverwaltungen erhalten. Aehnlich müßten die einzelnen politischen Bezirke als Bezirke im Sinne des Gaugesetzes erklärt werden. Damit würden also die bisherigen Bezirksverwaltungskommissionen verschwinden und die politischen Bezirksverwaltungen kämen unter die Kontrolle der Bevölkerung. Interessant ist die Bemerkung, die der Autor am Schlusse des Artikels macht. Er sagt, daß das hauptsächlichste Bedenken gegen die Einführung der Gauverwaltung in der nationalen Frage liege. Es sei aber unmöglich, mit der Einführung der Gauverwaltung zu warten, bis das nationale Problem gelöst ist. Durch den Vorschlag Laudas würden, wie er meint, übrigens auch die Hindernisse beseitigt, die darin bestehen, daß man sich über die Einteilung und Größe der Gaue nicht einig ist.

Politische Amnestie in Bayern.

Bewährungsfrist für die letzten Gefangenen aus den Rätetagen. — Fechenbach sowie Hitler bedingt entlassen.

München, 18. Dezember. (Eigenbericht.) Amtlich wird folgende Mitteilung verbreitet:

Das Oberste Landesgericht hat die Beschwerde der Staatsanwaltschaft vom 29. September gegen den Beschluß des Landesgerichtes München, durch den Hitler und Kriebel Bewährungsfrist bewilligt worden ist, verworfen. Es erhielten Hitler und Kriebel den Rest der Strafe bei Bewährungsfrist nachgesehen. Dagegen wurde vom Obersten Landesgericht der Beschwerde der Staatsanwaltschaft gegen die Bewilligung einer Bewährungsfrist des Doktor Weber stattgegeben. Das Oberste Gericht ist nach der Begründung des Beschlusses der Ansicht, daß die Frage der Bewilligung einer Bewährungsfrist für Dr. Weber erst dann reif für eine Entscheidung ist, wenn nach Abschluß der Voruntersuchung betreffs des Bundes „Oberland" das Landesgericht darüber Beschluß gefaßt hat, ob gegen Doktor Weber das Hauptverfahren zu eröffnen ist oder ob er außer Verfolgung zu setzen sei.

Ueber Auftrag des Staatsministers der Justiz wurde am Freitag gleichzeitig mit einer Strafmilderung der Strafvollzug gegen Mühsam, Karpf und die übrigen letzten Festungsgefangenen aus der Räterepublik 1919 unterbrochen und ihnen für den Rest der Strafe eine Bewährungsfrist bewilligt.

Ferner ist Fechenbach, Gargas und Lembke Bewährungsfrist für den Rest ihrer gleichzeitig gemilderten Strafen bewilligt worden.

Bei dieser Begnadigung ging das Justizministerium von dem Standpunkte aus, daß die Schuld nach dem Gutachten des Obersten Gerichtes einwandfrei feststeht, daß es aber angezeigt sei, die Strafe dem in ähnlichen Fällen angewandten Strafausmaße anzupassen.

*

Vertagung der Regierungsbildung.

Weiterführung der Geschäfte durch die Regierung Marx.

Berlin, 19. Dezember. (Wolff.) Der Reichskanzler berichtete heute dem Reichspräsidenten über seine gestrigen Besprechungen mit den Parteiführern, die ergeben haben, daß die Fraktionen an ihren Beschlüssen festhalten und daher zur Zeit die Bildung einer Mehrheitsregierung unmöglich erscheint. Reichspräsident und Reichskanzler kamen bei dieser Sachlage überein, daß die Neubildung der Regierung bis kurz vor Zusammentritt des Reichstages hinausgeschoben wird und das bisherige Kabinett bis dahin die Geschäfte weiterführt. Der Reichskanzler wird im Laufe des Tages in einer Sitzung des Reichsministeriums die Lage besprechen.

*

Berlin, 19. Dezember. (Wolff.) Der Reichskanzler hielt heute Mittag eine Ministerbesprechung ab, in der er über die Lage Bericht erstattete. Die Minister traten den Ausführungen des Reichskanzlers bei und erklärten sich bereit, die Geschäfte weiterzuführen.

Ein völkischer Musterknabe.

Staatsbetrüger, Diätenschinder, Frauenschänder und Verleumder.

Aus Schwerin wird der „Frankfurter Zeitung" berichtet:

Seit Jahr und Tag gingen im Bezirk der Amtshauptmannschaft Doberan in Mecklenburg sehr bestimmt lautende Gerüchte um, die sich mit dem sonderbaren Treiben des dortigen Amtshauptmanns Giese und des Sekretärs der Amtshauptmannschaft Jacobs beschäftigten, und die in immer größerem Umfang Anlaß zum Tagesgespräch gaben. Amtshauptmann Giese, der ursprünglich der deutschnationalen Landtagsfraktion angehörte, war nach dem Rathenau-Mord aus dieser ausgeschieden und wurde der einzige Vertreter der Völkischen. Auch dem im Februar gewählten Landtag, in dem die Völkischen 13 Sitze inne haben, gehört er an und wurde Vizepräsident.

Die parlamentarische Geschichte des Herrn Giese ist nicht ohne gewisse Affären. Er erhob gegen den früheren sozialdemokratischen Finanzminister Asch in leichtfertiger Weise den Vorwurf betrügerischer Handlungen und der Entwendung von Staatseigentum — in einem wochenlang tagenden Untersuchungsausschuß fielen die Vorwürfe restlos in sich zusammen. Giese aber wurde mit Recht der Vorwurf gemacht, daß er sich, um Diäten zu schinden, mehrmals in die Anwesenheitsliste des Landtags eintrug, ohne an den Verhandlungen teilzunehmen.

Als im Sommer Stimmen laut wurden, die Klarheit über das Treiben des Doberaner Amtshauptmanns forderten, sandte er aus seinem italienischen Ferienaufenthalt Berichtigungen an die Berliner und mecklenburgische Presse, in denen er die Behauptungen als „niedrige Verleumdungen" bezeichnete; ein „Ehrenrat" seiner Fraktion stellte ihm in aller Form das Zeugnis aus, daß die Untersuchung die Haltlosigkeit der Verdächtigungen ergeben habe. Das Freundschaftsverhältnis zwischen Völkischen und Deutschnationalen wurde dann auch sehr herzlich, die Regierung brauchte lange Zeit, um Klarheit zu gewinnen, und so glaubte außer anderen Menschen auch wohl Herr Giese, der Kelch sei an ihm vorübergegangen. Eines Tages aber war der „Fall Giese" auch offiziell wieder vorhanden. Die Regierung leitete ein Disziplinarverfahren ein. Bevor dieses Verfahren zum Abschluß gelangte, veröffentlichte schnell die nationalsozialistische Fraktion eine Erklärung, in der ihrem Gesinnungsgenossen nahegelegt wurde, sich „bis auf weiteres nicht mehr politisch zu betätigen"; zu einem glatten Hinauswurf hat man sich auch heute noch nicht aufgeschwungen, obwohl das Urteil durch die Disziplinarkammer inzwischen gefällt und Giese, wie auch der Sekretär Jacobs mit Amtsenthebung bestraft wurde. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Eine umfangreiche Anklageschrift enthielt gegen die bisherigen Verwalter der Amtshauptmannschaft Doberan eine Fülle schwer belastenden Materials.

Als Abgeordneter des Landtages ließ sich Giese, wie schon erwähnt, Tagegelder auszahlen, obwohl er nicht eine einzige Minute an den Verhandlungen teilnahm. Obwohl er als Abgeordneter freie Eisenbahnfahrt hatte, ließ er sich für Dienstfahrten aus der Amtskasse Fahrgelder zahlen. Dazu kamen die schon mitgeteilten sittlichen Verfehlungen. Als Amtshauptmann bekleidete er das Amt eines unparteiischen Vorsitzenden des Wohnungsamtes. Eine Stunde vor Stattfinden eines angesetzten Termins in einem Mietstreit ließ er die Frau des einen Beteiligten in sein Amtszimmer kommen und versprach ihr, für sie Partei zu nehmen, wenn sie ihm zu Willen sei. Die Frau in ihrer Notlage willigte ein. In einem anderen Fall hat er sich einen gleichen Mißbrauch gegenüber der Frau eines Erwerbslosen zuschulden kommen lassen, die um Unterstützung für ihren Mann bat. Ein dritter Fall lag ähnlich; Gieses ebenfalls völkischer Sekretär tat gleiches. Als die Amtsvertretung Aufklärung forderte, belogen sie nicht nur diese, sondern verleiteten auch eine der Frauen, die ihre Opfer geworden waren, zum Meineid. In dem dritten Fall war noch ein anderer völkischer Sekretär beteiligt.

Das nur ein paar Blüten aus der Tätigkeit der völkischen Erneuerer. Nach langen Monaten hat sich endlich die Regierung dazu aufgeschwungen, das Disziplinarverfahren zu beenden. Giese ist aber, wenn er zurzeit auch nicht im Landtag erscheint, nach wie vor Mitglied der nationalsozialistischen Fraktion und Vizepräsident des Mecklenburgischen Landtags.

Tages-Neuigkeiten.

O alte Hitlerherrlichkeit!

Die Deutschvölkischen haben mit Rücksicht auf den Ausfall der deutschen Wahlen beschlossen, das Studentenlied „O alte Burschenherrlichkeit" für den Hausgebrauch zeitgemäß umzudichten. Bei den verschiedenen Saufgelagen steigt nun als Eröffnungslied folgender Cantus:

O alte Hitlerherrlichkeit,
Wohin bist du versunken?
Nie kehrst du wieder, schöne Zeit,
für Gaukler und Halunken.
Vergebens spähe ich umher,
Ich seh das Hakenkreuz nicht mehr.
O jerum, jerum, jerum,
O quae mutatio rerum.

Das Hakenkreuz bedeckt der Staub,
Der Stahlhelm sank in Trümmer.
Die Windjack' ward des Trödlers Raub,
Verwaschen war ihr Schimmer.
Verklungen Ehrhardts Rachesing,
Verhallt des Lindström Sporenklang.
O jerum, jerum, jerum,
Wer kauft noch Dinters Serum?

Wo sind die, die zum Bürgerbräu
An jedem Abend rutschten,
Und mit dem Krügel in der Hand
So unvergeßlich putschten?
Sie zogen aus mit Siegerblick
Und kehren jetzt verhau'n zurück.
O, 's ist zum Haarausraufen,
Jetzt bleibt uns nur das Saufen!

Ein Theoretiker des nationalen Sozialismus.

Streikbruch ist heilig, weil Ford ihn empfiehlt.

Bisher wußten wir nur, daß die Gelben für den amerikanischen Multimilliardär große Sympathien übrig haben, weil er Antisemit ist. Er ist für sie aber auch das Ideal des „arbeitenden Unternehmers", der vom „Klassenstandpunkt der schaffenden Arbeit" (Karg) aus nicht als Ausbeuter, sondern als Proletarier gewertet werden muß. Die schaffende Arbeit des Herrn Ford, der ein neues System der Ausbeutung, den über den Taylorismus hinausgehenden Fordismus, begründet hat, bringt ihm so viel ein, daß er jährlich 14 Milliarden tschechische Kronen (fast so viel wie das tschechische Budget beträgt) zahlt. Nunmehr hat sich der „Tag" entschlossen, den theoretischen Lehren dieses Ausbeuterkönigs in seinen Spalten Raum zu gewähren, und ohne ein Wort der Kritik das wiederzugeben, was Ford über die Arbeiterbewegung sagt. Bearbeitet sind die Anschauungen Fords von dem nationalsozialistischen Theoretiker Rosenberg. Unter den Lehrsätzen des Automilliardärs steht auch einer, der den Streik verdammt. Und zwar hat Ford endlich das gefunden, wonach die Gelben seit Jahrzehnten suchen: eine antikapitalistische Begründung des Streikbruches. Das ist nämlich so: Jeder Streik wird von dem Konkurrenzunternehmen des vom Streik betroffenen Betriebes bezahlt. Er dient nur den Interessen des anderen Fabrikanten. Die Arbeiter, die aber kein Interesse an der Förderung des anderen Unternehmers, der doch gar nicht ihr Brot- und Arbeit-„geber" ist, haben, dürfen darum nie streiken, sondern müssen schön zufrieden mit dem sein, was der humane Unternehmer ihnen voller Einsicht in die Nöte des Arbeitsgenossen (von Kargs famosen Klassenstandpunkt aus) gewährt. Wer nur den lieben Herrn läßt walten —! Kein Zweifel, Ford hat mit seiner Streiktheorie den Vogel abgeschossen. Von dem Mann können Ludendorff, Hitler und Jung noch etwas lernen. Sie haben ganz recht, wenn sie ihm im „Tag" einen Ehrenplatz einräumen. Er ist dort in der richtigen Gesellschaft.

Arbeiterjugend und Klassenkampf. Jugendgenosse K. Sch., Bergarbeiter in Neu-Serbitz, schreibt uns: Unter obigem Titel veröffentlichte die Aussiger kommunistische „Internationale" in ihrer Mittwochnummer einen Leitartikel, der zur Illustrierung des kommunistischen Klassenkampfes" folgende bezeichnende Stelle enthält: „Wenn man von zwei Arbeiterparteien spricht, so hat das nichts mit Bruderstreit zu tun, sondern es handelt sich für uns Kommunisten darum, daß wir politisch nicht mit einer Partei der Konterrevolution eine Einheitsfront bilden können, d. h., daß wir zwar bereit sind, gemeinsam mit allen Arbeitern zu kämpfen gegen Verelendung, Ausbeutung und Sklaverei, daß wir aber niemals in Leuten unsere Brüder sehen können, die die sozialdemokratischen Arbeiter ins Lager der Konterrevolution überführen und sie in konterrevolutionärem Sinne, wenn auch mit marxistischer Verbrämung erziehen wollen! Darum geht es!" Das ist also der Sinn der kommunistischen Jugenderziehung: Haß gegen die sozialdemokratischen Vertrauensmänner in die Herzen der jungen Arbeiter zu säen! Nein, das ist nicht mehr Bruderstreit, das ist verantwortungslose Verhetzung und haßerfüllte Verleumdung, wie ihrer nur wirkliche Konterrevolutionäre fähig sind. Daß das Gerede von der Einheitsfront purer Schwindel ist, wurde nicht nur von den erwachsenen sozialdemokratischen Arbeitern, sondern auch von unseren Jugendgenossen längst erkannt. Die Kommunisten locken mit dem „Einheitsfront"-Schwindel heute keinen Hund mehr vom Ofen. Unsere Jugendgenossen haben gelernt, sich ein Urteil zu bilden und wissen heute sehr gut, die Politik welcher Parteien in der Wirkung konterrevolutionär ist. Es ließen sich unzählige Beweise dafür erbringen, daß gerade die kommunistische Partei „entartet" ist, daß sie „hauptsächlich aus Opportunisten und Spießbürgern" besteht, daß der „Bureaukratismus" in ihrer „Leitung gefährliche Dimensionen angenommen hat," wie Trotzki, der als gewesener Führer die kommunistische Partei doch kennen muß, sagte. Daß der „Kommunismus" entartet und moralisch verkommen ist, ist heute auch ohne Trotzki eine offenkundige Tatsache, die fast jeden Tag und durch jede kommunistische Zeitung auf das neue bestätigt wird. Wenn es den Kommunisten darum geht, den „Klassenkampf gegen die Sozialdemokraten" in dieser Weise weiter zu führen und die besten unserer Vertrauensmänner in gemeinster Weise zu beschimpfen, so mögen sie auf dieser Bahn nur fortfahren, die Abdrängung der sozialistisch gesinnten Arbeiterjugend von ihrem Wege und ihrem Ziele wird ihnen nicht gelingen."

Die gebildete „Bohemia" meldet die Prager Aufführung von „Figaros Hochzeit, Beethovens neueinstudierter Oper". Warum das kluge Blatt wohl die Beziehungen zu Mozart abgebrochen hat?!

Die Versorgung hilfsbedürftiger tschechoslowakischer Kinder aus Deutschösterreich. Die Zahl der in Wien lebenden tschechoslowakischen Staatsangehörigen soll etwa 200.000, der in Deutschösterreich lebenden 400.000 Personen übersteigen. Für die tschechischen Kinder wurde die gesamte Fürsorge einem Zweigvereine des „Ceske srdce" (Tschechisches Herz): dem Vereine „domov" (Heimat) übertragen, der gleichzeitig die Generalvormundschaft für alle diese Kinder versieht, und dem ganz bedeutende Summen aus der Tschechoslowakei zur Verfügung gestellt werden. Für die deutschen Kinder, die in die Tschechoslowakei heimatszuständig sind und die sich in Deutschösterreich aufhalten, gab es bisher keine einheitliche Fürsorgestelle. Viele dieser Kinder, die kein Wort Tschechisch verstehen, aber in tschechische oder sprachlich gemischte Orte zuständig geblieben sind, wurden durch die Wiener Zentralstellen in ihre Heimatsgemeinden abgeschoben, wo sie sich selbstverständlich nichts weniger als glücklich fühlen. Die Deutsche Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfür-

sorge in Böhmen hat sich deshalb mit der Zentralstelle für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Wien ins Einvernehmen gesetzt und es wird innerhalb der genannten Zentralstelle eine eigene Vermittlungsstelle für die weitere Versorgung deutscher tschechoslowakischer Kinder geschaffen werden. An dieser Aktion beteiligen sich auch die Landeskommissionen in Mähren und Schlesien, der Bund der Deutschen in Böhmen und der Deutsche Kulturverband. In ähnlicher Weise wird eine gemeinsame Vermittlungsstelle für die in Deutschland lebenden tschechoslowakischen Kinder geschaffen werden.

Sonntagsruhe in Pilsen. Die politische Landesverwaltung hat für den Bereich der Polizeidirektion Pilsen die vollständige, ganzjährige Sonntagsruhe angeordnet. Erlaubt ist nur der Verkauf von Milch von 6 bis 9 Uhr früh und in der Zeit vom 1. Juni bis 30. September der Verkauf von frischem Obst von 2 bis 6 Uhr nachmittags. Am wenigsten erfreut von dieser Verordnung wird das Montagsblätchen sein, dem die Sonntagsruhe ein Dorn im Auge ist.

Durch herabstürzende Steinmassen getötet. Dieser Tage stürzte in dem Steinbruch bei Libochowan nächst Leitmeritz eine Steinmasse von zirka 40 Kubikmetern ab und begrub vier im Steinbruche beschäftigte Arbeiter. Der 20jährige Josef Plumbs in Libochowan war sofort tot, der 33jährige Berger aus Malitschen war so schwer verletzt, daß er auf dem Transporte von der Arbeitsstätte nach der Bahnstation Libochowan starb. Zwei weitere Schwerverletzte, Franz Praschak und der Italiener Bernardo, beide aus Libochowan, wurden ins allgemeine Krankenhaus nach Leitmeritz überführt.

Bei der Jagd angeschossen. Dieser Tage fand in den fürstbischöflichen Wäldern bei Schwarzwasser (Bezirk Freiwaldau) eine Jagd statt. Bei dieser wurde der Forstrat Scherz von dem Zwangsverwalter Scheplawy, der eine Rehjagd richtete, durch einen Schuß in den Unterleib schwer verletzt. Der angeschossene Forstrat mußte sofort in das Freiwaldauer Krankenhaus überführt werden, wo ihm die Schrotkörner entfernt wurden. Der Verletzte kann von Glück reden, daß der größte Teil der Schrotladung in seiner ledernen Patronentasche stecken blieb. Gegen den Zwangsverwalter wurde die Anzeige erstattet.

Ein ungewöhnlicher Selbstmord hat sich in Olmütz ereignet. Bei der Forstbeamtensgattin Mrtva war das 21jährige Dienstmädchen Josefine Leser beschäftigt. Als gegen halb 10 Uhr abends die Hausleute in ihre Wohnung gehen wollten, fanden sie die Tür versperrt. Sie läuteten. Nach einiger Zeit öffnete das Mädchen. In demselben Augenblick sank sie jedoch blutüberströmt und mit einem Aufschrei der Frau in die Arme. Es stellte sich heraus, daß sie sich kurz vorher eine Kugel in die linke Brustseite geschossen hatte, jedoch noch so viel Kraft besaß, um auf das Läuten die Türe zu öffnen. Den Selbstmord verübte sie mit einem Armeerevolver, der auf dem Tisch als Dekorationsstück lag. Der Grund ist angeblich Kränkung darüber, daß ihre Mutter zu einer mehrjährigen Kerkerstrafe verurteilt worden war. Auf dem Wege ins Spital ist das Mädchen seinen Verletzungen erlegen.

Der mehrfachen Brandstiftung verdächtig. Vergangene Woche brannte in Seitendorf (Schlesien) die Scheune des Landwirtes Kutschke, in der sich Stroh und landwirtschaftliche Geräte befanden, bis auf den Grund nieder. Der Schaden beträgt ungefähr 50.000 bis 60.000 K. Der Tat dringend verdächtig erscheint der 62 Jahre alte Zimmermann Hermann Zips, der schon vor mehreren Jahren einmal wegen des Verbrechens der Brandlegung in Untersuchung stand. Er wurde verhaftet; in seiner Wohnung wurde bei einer Hausdurchsuchung ein ungefähr 20 Zentimeter langer Feuerschwamm, an dessen einem Ende mit einem Zwirnfaden Zündhölzchen mit den Kuppen gegen den Feuerschwamm befestigt waren, vorgefunden. Man glaubt, daß die letzten Brände in der Seitendorfer Gegend, welche bisher unaufgeklärt sind, von Zips gelegt wurden.

Selbstmord in Flammen. In Witkowitz ereignete sich dieser Tage ein schrecklicher Vorfall. Eine gewisse Ludmilla Tobias begoß ihr Kleider mit Petroleum und zündete sich selbst an. Da ihre Kleider gut mit Petroleum getränkt waren, stand sie auch gleich in Flammen, noch ehe man ihr zu Hilfe eilen konnte. Der Arzt konnte nur noch den eingetretenen Tod infolge der schrecklichen Brandwunden feststellen. Es wird Selbstmord, dessen Motive bisher unbekannt sind, angenommen.

Auf offener Straße zu vergewaltigen versucht. Donnerstag wurde auf der Straße von Hulvaken nach Marienberg die 28 Jahre alte Johanna Ch. aus Mähr.-Ostrau von einem bisher unbekannten Täter überfallen. Da sich die Ch. aus Leibeskräften wehrte, kam es zwischen den Beiden zum Ringkampf, in dessen Verlauf die Ch. von dem Wüstling einige Schläge auf den Kopf und mehrere heftige Fußtritte in den Bauch versetzt bekam. Auf ihr Geschrei hin näherten sich Passanten, was der Täter bemerkte und deshalb von seinem Opfer ablassen mußte. Die Ueberfallene wurde ins Spital geschafft.

Vom Straßenbahnwagen heruntergerissen. In Prag-Vršovice wurde gestern nachmittags der Oberwachtmeister Johann Polak in dem Augenblicke, als er von einem in der Station haltenden Wagen der Straßenbahn heruntersteigen wollte, von einem vorfahrenden Militärauto, das der Soldat Vaclav Marek lenkte, zu Boden gerissen. Polak geriet unter das Auto und wurde schwer verletzt. Auf dem Wege ins Krankenhaus starb er. Der Arbeiter Unger, den das Auto gleichfalls herunterriß, erlitt zum Glück nur leichte Verletzungen. Der Soldat Marek wurde verhaftet. Der Vorfall hat in Vršovice großes Aufsehen erregt.

Zeugen- und Sachverständigengebühren. In Böhmen, Mähren und Schlesien gilt für das Jahr 1925 in bürgerlichen Rechtsangelegenheiten (nicht in Strafsachen) folgender Tarif der Zeugen- und Sachverständigengebühren: Land- und forstwirtschaftlichen, sowie gewerblichen Arbeitern und gleichgestellten Personen ist ein Zehrgeld von 5—12 K und eine Uebernachtungsgebühr von 10—20 K, Land- und Forstwirten, Pächtern größerer Grundbesitze, Unternehmern mittelgroßer Handels- und Gewerbebetriebe, sowie Personen mit kommerzieller oder gewerblicher Vorbildung ein Zehrgeld von 7—15 K und eine Uebernachtungsgebühr von 15—25 K, Lehrpersonen an Volks- und Bürgerschulen, sowie Personen mit Mittelschulbildung ein Zehrgeld von 9—18 Kronen und eine Uebernachtungsgebühr von 15—30 Kronen, schließlich Baumeistern, Großindustriellen, Großgrundbesitzern, Schriftstellern, Künstlern und Personen mit Hochschulbildung ein Zehrgeld von 11 bis 20 K und eine Uebernachtungsgebühr von 18 bis 40 K zu bezahlen, wenn sie in bürgerlichen Rechtsangelegenheiten als Zeugen oder Sachverständige auftreten müssen. Für Zeitversäumnis für einen Tag sind folgende Entschädigungen zu bezahlen: Arbeitern ohne gewerbliche oder fachliche Vorbildung, Handlangern, Dienstmännern und gleichgestellten Personen von 5—15 K, Arbeitern im Bergbaubetriebe und Arbeitern mit gewerblicher oder fachlicher Vorbildung von 10—25 K, Handwerkern und Gewerbsleuten mit kleinem Betriebe und gleichgestellten Personen von 15—35 K, Eigentümern und Pächtern von Landwirtschaften von 20—40 K und allen übrigen Personen, insbesondere Personen mit Hochschulbildung von 15—60 K. Schließlich können für die Abschätzung von Fahrnissen im Exekutionsverfahren und die Bewertung von Liegenschaften folgende Gebühren bezahlt werden: Für eine Stunde von 5—15 K, für einen halben Tag (d. i. drei Stunden) von 12—30 K und für einen ganzen Tag (d. i. sechs Stunden) von 20—50 K. Für Schätzungen, welche länger als sechs Stunden dauern oder besondere Fachkenntnisse erfordern, kann unter Umständen auch der angeführte Höchstsatz überschritten werden. Wenn es sich schließlich um komplizierte Abschätzungen von Liegenschaften handelt, dann können die Gerichte nach freiem Ermessen den Sachverständigen Gebühren ohne Rücksicht auf den vorliegenden Tarif zuerkennen.

Ein zweites allgemeines Krankenhaus in Prag wird auf einem von der Regulierungskommission bereits bestimmten Bauplatz auf dem linken Moldauufer in Prag-Motol erstehen. Das neue Krankenhaus ist angesichts der Unzulänglichkeit des Belagraumes des gegenwärtigen eine dringende Notwendigkeit.

Die neue Spiritusaffäre.

Sonderbare Manipulationen bei der Spiritusdenaturierung. — Getäuschte Beamte. — Millionenschaden.

Prag, 19. Dezember. Wir haben vor einigen Tagen berichtet, daß die Prager Polizei einer Spiritusaffäre auf die Spur gekommen ist, bei der der Staat um riesige Summen geschädigt wurde. Die Prager Polizeikorrespondenz meldet nun in ihrer heutigen Abendausgabe:

Am Samstag, den 13. Dezember, gingen in den Abendstunden der Oberinspektor Bubnik und der Revisionsinspektor Kimkor durch die Havlíčekstraße in Prag-Weinberge und sahen daß vor dem Hause Nr. 900, in welchem sich die Weingroßhandlung Franz Kruchna befindet, ein Wagen vorgefahren ist, von dem zwei Fässer Spiritus abgeladen und in den Hof des Hauses geschafft wurden. Wegen der Eile und der Unsicherheit der die Fässer Abladenden stiegen den beiden Bedenken auf, daß es sich vielleicht um irgend welche Manipulationen mit Wein handle und sie besuchten daher am Sonntag früh die Werkstätte des Kruchna in Begleitung des Beamten der Landesfinanzdirektion, Kommissär Dr. Bulíček. Kruchna zeigte auf Aufforderung alle seine Vorräte, unter denen sich jedoch die beiden Fässer Spiritus nicht befanden. Es wurde daher zu einer Durchsuchung des ganzen Hauses geschritten und dabei wurden in der Vorratskammer sieben Fässer mit 22 Hektoliter Spiritus gefunden. Kruchna konnte keine Rechtfertigungen über die Lieferung des Spiritus vorbringen und gebrauchte Ausflüchte. Seine Frau erklärte, daß die Fässer bei ihnen ein unbekannter (!) Fuhrmann abgelagert habe, der zu ihnen auf Schnaps komme.

Es wurde nun festgestellt, daß die Fässer von dem Fuhrmann Anton Müller aus Prag-Smichov herbeigeführt wurden. Müller leugnete zuerst alles, gestand jedoch später, daß er die Fässer aus der Fabrik der Firma für Spiegelerzeugung Mandelik, Weinberge, König Georgsplatz 12, weggeführt habe. Den Auftrag dazu habe ihm der Besitzer der Fabrik für Stockerzeugung, Bohuslav Zeithammer aus Pardubitz gegeben. Durch die Nachforschungen, die von den Beamten der Sicherheitsabteilung und von denen der Landesfinanzdirektion geführt wurden, wurde festgestellt, daß Zeithammer schon seit einigen Jahren Betrügereien mit Spiritus verübte und daß der Schaden, den er dem Staate zugefügt hat, bisher nicht sicher festzustellen ist.

Zeithammer errichtete sich zuerst in Pankrac in der Vinušastraße eine Erzeugung für Lacke unter der Firma Vlach und Komp. Für die Erzeugung der Lacke erhielt Zeithammer unverzollten Spiritus zugewiesen, den er nach den geltenden Vorschriften hätte denaturieren sollen. Zeithammer fand jedoch einen Ausweg, wie er der Denaturierung des Spiritus ausweichen konnte und beschwindelte die Aufsichtsorgane dadurch, daß an Stelle von Methylalkohol und Holzspiritus in die Denaturierungsbehälter nur gefärbter reiner Spiritus geschüttet wurde. Damit sich dann die Finanzorgane nicht durch den Geruch von dieser Sache überzeugen könnten, wurde der Boden so präpariert, daß die Luft mit dem Geruche von Methylalkohol und Spiritus ganz ausgefüllt war, da dieser Geruch den Hustenreiz fördert und große Atmungsbeschwerden verursacht.

Für den Spiritus bezahlte Zeithammer 3.80 K pro Liter und verkaufte ihn dann mit 33 K pro Liter en gros, so daß er ungeheuren Gewinn einsteckte. Durch diese Manipulationen erübrigte Zeithammer einige Hundert Hektoliter Spiritus, die er zum größten Teil dem Kruchna weiterverkaufte, der sie dann an den Mann brachte. Ein weiterer Abnehmer war der Spiritusfabrikant Franz Dasek in Pardubitz, der wiederum den Spiritus in Pardubitz verkaufte. Als diese Geschäfte gut gingen, errichtete Zeithammer gemeinsam mit seinem Bruder Josef Zeithammer aus Pankrac unter verschiedenen Firmentiteln einige Filialen. So gründete er die Gesellschaft für Lackerzeugung „Appelit" in Prag-Kodaňe, ferner für den Werkführer Josef Petak die Gesellschaft Petak und Komp. in Prag-Karlin und schließlich gründete er mit dem Besitzer der Firma Mandelik, dem Fabrikanten Leopold Gratzer aus Prag-Weinberge, in dessen Fabrik gleichfalls eine Werkstätte für Lackerzeugung.

Die Manipulationen bei der Denaturierung des Spiritus besorgten unter Aufsicht Josef Zeithammers Petak und der Angestellte Karl Kalous aus Prag-Pankrac. Nach der Errichtung der Filiale bei Gratzer wurde in dieses Unternehmen als leitender Ingenieur der Borer Franz Ružička (Frank Rože) aus Prag-Weinberge aufgenommen. Als Ružička in die Geschäftsgeheimnisse der Firma eingeweiht wurde, ließ ihn Zeithammer einigemale bei der Denaturierung des Spiritus beobachten, ob er erkenne, wie die Manipulation vor sich gehe. Als jedoch Ružička die Manipulation nicht durchschauen konnte, wurde er in sie eingeweiht und führte sie dann in der Filiale des Gratzer durch.

Aus dem Verhör der Personen, welche die Zufuhr des Spiritus besorgten, wurden dann die betrügerischen Manipulationen in ihrem ganzen Umfange sichergestellt. Einige der Beteiligten Weiterverkäufer haben die ihnen auferlegten Strafen bereits bezahlt. Die Hauptteilnehmer an den Spiritusmanipulationen wurden heute dem Landesgerichte eingeliefert.

70 Jahre unbefleckte Empfängnis. Es sind in diesen Tagen 70 Jahre, daß Papst Pius IX. das Dogma von der unbefleckten Empfängnis Mariä verkündet hat. Er tat es in Anwesenheit von vierundfünfzig Kardinälen, zweiundvierzig Erzbischöfen, hundert Bischöfen und dreihundert anderen geistlichen Würdenträgern, nachdem er den Beistand des Heiligen Geistes angerufen hatte. Seitdem ist jeder Katholik verpflichtet, zu glauben, daß Maria von der Erbsünde unbefleckt empfangen ist. Jahrhundertelang hatte die Christenheit bestanden, ohne das Geheimnis der Zeugung Mariens auch nur zu ahnen. Erst im zwölften Jahrhundert tauchte die Lehre von der unbefleckten Empfängnis auf, die es erklären sollte, daß Marias Sohn, wie es die Kirche lehrt, von der Erbsünde frei war. Die Franziskaner nahmen diese Lehre auf, während die Dominikaner sie als vernunftwidrig verwarfen. Die Franziskaner berufen sich auf die heilige Brigitta, die von der seligen Jungfrau selbst vernommen haben wollte, daß sie ohne Erbsünde geboren sei, doch die Dominikaner konnten ihnen eine entgegengesetzte Information entgegenhalten, die ihre Ordensschwester, die gleichfalls heilige Katharina von Siena, von keinem anderen als dem lieben Gott erhalten hatte. Und sie erklärten die Lehre von der unbefleckten Empfängnis als glaubenswidrig und als Ketzerei. Als später die Jesuiten den Franziskanern zu Hilfe kamen, gewann die unbefleckte Empfängnis allmählich die Oberhand. Die Dominikaner gaben schließlich nach und so konnte der Heilige Geist am 8. Dezember 1854 den Papst Pius ermächtigen, die unbefleckte Empfängnis als Dogma zu erklären. Seither weiß die Menschheit, woran sie sich zu halten hat, und wer an die unbefleckte Empfängnis dennoch nicht glaubt, tut es auf eigene Rechnung und Gefahr, er hat sich die Folgen seiner Sünde selbst zuzuschreiben. Wie ist es aber mit den Menschen, die den Tag nicht mehr erlebt haben, an dem unter Kanonendonner die unbefleckte Empfängnis Marias offiziell verkündet worden ist? Millionen und aber Millionen sind mit der schweren Sünde an die Erbsündenlosigkeit Mariens nicht zu glauben, belastet gestorben (denn was seit dem 8. Dezember 1854 eine Sünde ist, muß logischerweise auch vorher Sünde gewesen sein). Unter ihnen waren unzählige Päpste und Heilige, so auch die heilige Katharina von Siena, die von Gott selbst irregeführt worden ist. Da muß man schon sagen, daß sich der Heilige Geist lange Zeit gelassen hat, bevor er die Wahrheit an den Tag brachte und so die Menschen vor ketzerischen Ansichten über die Empfängnis Mariens bewahrte.

Ein Feind der blauen Brillen. Unter dieser Ueberschrift läßt sich der „Berliner Lokal-Anzeiger" aus München telegraphieren:

„Ein Feind blauer Brillen ist in München in der Person eines Tagelöhners verhaftet worden. Er hat in den Morgenstunden zwischen 4 und 5 Uhr kurz hintereinander zur Arbeit gehende Frauen, die blaue Brillen trugen, überfallen und niedergeschlagen, aber nicht beraubt. Bei seiner Vernehmung erklärte er, er bekomme, wenn er Frauen mit einer blauen Brille sehe, stets einen Wutanfall und müsse sie aus innerem Drange heraus niederschlagen."

Erich Lindström-Ludendorff hat Glück gehabt, daß er auf seiner Reise nach Schweden nicht diesem Menschen begegnete!

Ein Kardinal gegen den Karneval. Der Kardinal-Erzbischof von Köln, Dr. Schulte, wendet sich in einem Aufruf gegen die Wiedereinführung des Karnevals. Er betont, daß der Karneval eine Karikatur von abstoßenden Häßlichkeiten geworden sei. Heute bedeute der Karneval einen Appell an den Leichtsinn und die Leichtlebigkeit, der einen Hohn auf die notleidende rheinische Bevölkerung darstelle. Als besonders abstoßende Verirrung aber müsse es bezeichnet werden, wenn die Wiedereinführung mit dem Hinweis auf die Ueberschüsse für Wohltätigkeit gegründet werde. Eine Verbindung von Karneval und Wohltätigkeit müsse als Heuchelei gebrandmarkt werden.

„Gotteslästerung." Gegen den verantwortlichen Redakteur des „Simplicissimus", Peter Scher, ist von evangelischer Seite Anzeige wegen Gotteslästerung erstattet worden. Den Anlaß zu der Anzeige gab ein satirisches Gedicht, das über gewisse kulturkämpferische und völkische Tendenzen der letzten Tagung des „Evangelischen Bundes" spottet. Das Gedicht wendet sich nicht gegen Gott oder die christliche Religion, sondern in sehr unmißverständlicher Weise dagegen, daß Gott als eine Art völkischer Nationalgott und sozusagen Wontansnachfolger für rassekämpferische Ziele reklamiert wird.

Tragischer Tod eines Gymnasial-Professors. Einen tragischen Tod erlitt in Wien der Religionsprofessor am Otto-Kringer Gymnasium Rudolf Gmeiner, der mit den Schülern der ersten Klasse einen Ausflug in den Prater unternahm, wo ihn die Schüler baten, auf einem zugefrorenen Teich schleifen zu dürfen. Das Eis brach unter zwei Kindern ein, die ins Wasser fielen. Der Professor selbst, der sie retten wollte, fiel ins Wasser. Die Kinder konnten inzwischen von Polizisten gerettet werden, während der Professor, als man ihn herauszog, trotz aller Anstrengungen bewußtlos blieb und bald darauf starb. Er dürfte einem Herzschlag erlegen sein.

Jugendliche Taugenichtse. Der zwölfjährige Bürgerschüler Lanik und der 18jährige Zimmermannslehrling Rohner in Wien, die vor einigen Tagen unter Mitnahme von 40 Millionen Kronen ihren Eltern entwichen waren, wurden nach einer von dem Gendarmeriepostenkommando in Karlstätten an die Wiener Polizei gelangten Mitteilung verhaftet und dem Gerichte in St. Pölten wegen versuchten Mordes eingeliefert. Sie hatten ein Auto zu einer Fahrt nach dem Semmering gemietet und während der Fahrt den Chauffeur meuchlings durch einen Revolverschuß verletzt.

Das Artikelgeschäft Lloyd Georges. Dem „People" zufolge verdient Lloyd George allein in England und Amerika durch die Artikel, die er in zahlreichen Blättern gleichzeitig veröffentlicht, jährlich 20.000 Pfund Sterling. Der „vordem königlich großbritannischer Ministerpräsident" bekommt also für seine Schwanengesänge nicht weniger als drei Millionen Kč jährlich. — Hoffentlich imponiert das den Lesern der „Bohemia" und des „Prager Tagblatt"!

Besuch ukrainischer Schriftsteller in Deutschland. In Berlin ist eine Gruppe ukrainischer Schriftsteller eingetroffen. Sie besuchen im Auftrage des ukrainischen Bildungskommissariats Westeuropa, um sich mit den neuesten Strömungen in der Literatur und im Theaterwesen bekannt zu machen, wobei sie indessen die Modeerscheinungen der extremsten Richtungen weniger studieren wollen, als die tieferliegenden Strömungen. Unter anderem gehören zu dieser Gruppe die Dichter Tyteschano und Polischtschuk, der Schriftsteller Deswitny sowie einige Journalisten. Die Ukrainer werden von Deutschland nach Oesterreich reisen und später andere europäische Staaten und auch Nordamerika besuchen.

Eine Räuberbande aus dreißig Knaben. In einer Spiritusfabrik in Budapest häuften sich in der letzten Zeit umfangreiche Diebstähle von Metallbestandteilen, namentlich Messinghähnen, ohne daß es gelungen wäre, einen Anhaltspunkt über die Täter zu gewinnen. Dieser Tage verhaftete nun einer mit der Ueberwachung der Fabrik betrauten Detektive einen kleinen Jungen, der unter seinem Rock einen schweren Messinghahn verbarg. Vom Detektiv zur Rede gestellt, gestand der Knabe, daß er das Mitglied einer dreißig Köpfe starken, ausschließlich aus schulpflichtigen Knaben im Alter von zehn bis vierzehn Jahren bestehenden wohlorganisierten Räuber- und Diebesbande war. Die dreißig Buben schwänzten seit Wochen die Schule, wohnten nicht bei ihren Eltern und hatten im Dachboden eines Schulgebäudes ein regelrechtes Diebslager aufgeschlagen. Sie befaßten sich vorwiegend mit dem Diebstahl von Altmetall, Kupferbeschlägen und dergleichen in der Fabrik und verkauften die Beute an Altmetallhändler. Ueberdies verübten sie zahlreiche Einbrüche bei den Metzgern und Lebensmittelhändlern der Umgebung.

Jahrg. 1. • Nr. 22
Am 20. Dez. 1924

Der freie Gewerkschafter

Erscheint an jedem zweiten Samstag

Der Gewerkschaftskongreß

Fünf Tage waren die Vertreter aller dem deutschen Gewerkschaftsbund in der Tschechoslowakei angehörigen Verbände in Karlsbad beisammen, wo sowohl die brennenden sozialpolitischen Fragen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft als auch die organisatorischen Probleme des deutschen Gewerkschaftsbundes durchberaten wurden. Ernst und sachlich waren die Verhandlungen des Kongresses, in seltener Einmütigkeit wurden die Beschlüsse gefaßt und damit der Gewerkschaftsarbeit in den nächsten Jahren der Weg gewiesen.

Aus dem Bericht des Zentralsekretärs Genossen Macoun ging hervor, daß trotz der schwierigen Bedingungen, unter denen die Gewerkschaften in den letzten Jahren ihren Kampf zu führen hatten, trotz Wirtschaftskrise und kommunistischer Zersetzungsarbeit die Zentralgewerkschaftskommission gut operiert hat. Ihrer Taktik ist es zuzuschreiben, daß die kommunistische Spaltungsarbeit nicht noch größere Schäden angerichtet und in den Bau des deutschen Gewerkschaftsbundes Bresche geschlagen hat. Kein dem deutschen Gewerkschaftsbund angehörender Verband ist von den Kommunisten erobert worden. Darin, daß der Bericht des Genossen Macoun ohne Debatte zur Kenntnis genommen wurde, kam zum Ausdruck, daß die gewerkschaftlichen Vertrauensmänner einmütig hinter der Zentralgewerkschaftskommission stehen und mit der glücklichen Politik der Kommission einverstanden sind.

Ein sehr gründliches und lehrreiches Referat über die Arbeitslosenfürsorge gab Genosse Roscher. Er schilderte sowohl die Einrichtungen, die das Ausland in dieser Frage getroffen hat, als auch die Entwicklung der Arbeitslosenunterstützung in der Tschechoslowakei in den letzten Jahren. Aus seinem Referat ging hervor, daß von dem ursprünglichen Gesetze nichts übrig geblieben ist, und daß die Arbeitslosenfürsorge nach dem Genter System das kleinere Uebel sei. Nach diesem System werden die Arbeiter wenigstens etwas bekommen, während sie bei Aufrechterhaltung des alten Gesetzes Gefahr laufen, vor dem Nichts dazustehen. Nach einer Debatte, in der die Vertreter der verschiedenen Verbände ihre Wünsche äußerten, entschied der Kongreß im Sinne der Ausführungen des Genossen Roscher.

In seinem Bericht über die Wirtschaftslage entwarf Genosse Pohl ein Bild der unglücklichen Wirtschaftspolitik der Regierenden, die der Arbeiterklasse schon so viele Schäden zugefügt hat. Ueber dieses Problem ist sowohl auf Parteitagen als auch auf den Vorständekonferenzen der Gewerkschaften schon soviel gesprochen worden, daß es sich erübrigte, darüber viel zu sagen. So wurde auch dieser Bericht des Genossen Pohl debattelos zur Kenntnis genommen.

Bei der Beratung der organisatorischen Fragen des deutschen Gewerkschaftsbundes, über die gleichfalls Genosse Macoun referierte, entwickelte sich eine lebhafte Debatte, in der die Vertreter der verschiedenen Verbände und Gebiete das Wort ergriffen. Es ging hauptsächlich um den Ausbau der bestehenden Kreisgewerkschaftskommissionen, bei der der Standpunkt der verschiedenen Redner nicht der gleiche war, so daß die Frage gründlich durchdiskutiert werden mußte. Schließlich fand sich die weit überwiegende Mehrheit des Kongresses auf einer Plattform, die den weiteren Ausbau der Kreisgewerkschaftskommission möglich macht. Ebenso ausführlich war die Debatte über den Punkt Bildungsarbeit, worüber Genosse Kirchhof referierte. Bedeutungsvoll ist die zur Annahme gelangte Resolution, durch welche in den Gewerkschaften ein Bildungsbeitrag eingeführt wird. Mit Hilfe dieses Beitrages soll bei der Gewerkschaftskommission eine Zentralstelle geschaffen werden, die sich mit sozialpolitischen, volkswirtschaftlichen und Bildungsfragen befassen wird. Die neue Institution wird sicherlich dazu dienen, den Gedanken der gewerkschaftlichen Organisation bei den Arbeitern zu vertiefen.

Das sozialpolitische Referat des Genossen Schäfer entrollte ein abgeschlossenes Bild von dem gegenwärtigen Stand der sozialpolitischen Gesetzgebung. Ausführlich gab der Referent eine Kritik der bisher vom tschechoslowakischen Parlament beschlossenen sozialpolitischen Gesetze und zählte eine Reihe von gesetzgeberischen Maßnahmen auf, deren Durchführung die Arbeiterschaft dringend verlangt. In der Debatte ergänzten mehrere Redner die Ausführungen des Genossen Schäfer in wünschenswerter Weise.

So hat der Gewerkschaftskongreß seinen Teilnehmern eine Fülle von Aufklärung gebracht und hat in einer großen Reihe von zur Annahme gelangten Entschließungen den Gewerkschaften die Richtlinien für die nächste Zukunft gezogen. Das langsame Wachstum der Gewerkschaften, das wir nach Jahren des Rückganges im heurigen Jahre wieder feststellen können, gibt uns die Hoffnung, daß der deutsche Gewerkschaftsbund in der Zeit bis zum nächsten Gewerkschaftskongreß bessere Jahre durchmachen wird, als es seit dem ersten Kongreß der Gewerkschaften im Jahre 1920 der Fall gewesen ist. Mögen die in Karlsbad gefaßten Entschlüsse den gewerkschaftlichen Vertrauensmännern ihre Arbeit erleichtern und so weitere Erfolge für unsere Gewerkschaftsbewegung möglich machen!

Die Arbeitervermittlung.

Auf dem Karlsbader Gewerkschaftskongreß wurde die Stellung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Frage der Arbeitsvermittlung folgendermaßen festgelegt:

Der II. Kongreß der im deutschen Gewerkschaftsbunde vereinigten Gewerkschaften erklärt:

Das Arbeitsvermittlungswesen, der Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt, bildet einen wichtigen Teil der Arbeitslosenfürsorge und erfordert eine gesetzliche Regelung. Soll der Zweck einer gesetzlichen Regelung voll erreicht werden, dann muß die Organisation der Arbeitsvermittlung den Arbeitsmarkt vollständig erfassen und die Vermittlung freier Arbeitskräfte und Besetzung aller freien Stellen ausschließlich durch die auf Grund eines Gesetzes eingerichteten Arbeitsvermittlungsanstalten oder ihnen gleichgestellten gewerkschaftlichen Facharbeitsnachweise erfolgen. Außer dem Arbeitsnachweis hat die Organisation des Arbeitsvermittlungswesens noch besondere soziale Aufgaben zu erfüllen. Für die wandernden Arbeiter sind menschenwürdige Unterkunftsstätten (Herbergen) eine Notwendigkeit. An die Vermittlungsämter sollen Leseräume und Bibliotheken angegliedert werden, um den Arbeitslosen Gelegenheit zu geben, die Zeit der erzwungenen, unfreiwilligen Arbeitsruhe in nützlicher Weise benützen zu können. Für die Lehrlinge ist die Schaffung besonderer Lehrlingsheime wenigstens in jeder Bezirksstadt nötig, um jungen Menschen, die eines besonderen Rückhaltes bedürfen, Schutz und Hilfe zu bieten. Die Erlernung eines Gewerbes, das nur in größeren Orten erlernt werden kann, ist heute wegen des Fehlens entsprechender Einrichtungen oft nicht möglich. Ebenso bedürfen Arbeiter, die außerhalb ihres Wohnortes weiter entfernt gelegene Arbeitsstellen annehmen, besondere Einrichtungen (freie Eisenbahnfahrt und geldliche Unterstützung).

Die Organisation und Verwaltung des Arbeitsvermittlungswesens muß frei von jedem bürokratischen Einfluß sein. Sie ist den unmittelbar beteiligten Arbeitern, Angestellten und Arbeitgebern in die Hand zu geben. Gewerkschaftliche Einrichtungen sind in die allgemeine Organisation des Arbeitsvermittlungswesens einzugliedern.

Von diesen Auffassungen ausgehend beschließt der Kongreß für die Organisation des Arbeitsvermittlungswesens folgende Richtlinien:

1. Die Vermittlung von freien Arbeits-, Dienst- und Lehrstellen, hat ausschließlich durch die gesetzlich errichteten Arbeitsnachweise und den diesen gleichgestellten gewerkschaftlichen Facharbeitsvermittlungsstellen zu erfolgen. Aufhebung aller gewerbsmäßigen, sowie der nichtgewerkschaftlichen Vereinsarbeitsvermittlungen. Die Vermittlung ist obligatorisch für alle Arbeiter und Angestellte und Lehrlinge beiderlei Geschlechtes. Verbot jeder Umgehung der Arbeitsnachweise bei sonstigem Eintritt von Strafolgen. Ueberwachung der Meldung und Besetzung der freien Arbeits-, Dienst- und Lehrstellen.

2. Die Vermittlung hat sowohl für Arbeitnehmer wie Arbeitgeber ohne Entgelt zu erfolgen.

3. Für von Streiks und Aussperrung betroffene Betriebe ist die Vermittlungstätigkeit einzustellen.

4. Betrieben, welche die tariflich festgesetzten Arbeits- und Lohnbedingungen unterbieten, ist die Vermittlung zu sperren.

5. Die Vermittlungstätigkeit ist durch eine Geschäftsordnung zu regeln. Sind für eine freie Stelle mehrere Bewerber gleicher Qualifikation, dann haben solche, die Mitglied einer Gewerkschaftsorganisation sind, die den staatlichen Arbeitslosenzuschuß (Genter System) erhält, den Vorrang.

6. Zum Aufenthalt der Arbeitslosen sind geeignete Räume bereit zu stellen und Lesehallen (Bibliotheken) einzurichten.

7. Die Arbeitsnachweise haben Lehrlingsheime und Einrichtungen für Berufsberatung zu schaffen, sowie die Betreuung der Lehrlinge zu besorgen.

8. Für die wandernden Arbeiter sind hygienisch einwandfreie Unterkunfts- und Verpflegsstätten zu schaffen.

9. Bei Vermittlungen von Arbeits-, Dienst- und Lehrstellen, die vom bisherigen Wohnort weiter entfernt liegen, ist den vermittelten Arbeitskräften freie Reise und Uebersiedlung in besonderen Fällen auch geldliche Hilfe zu gewähren.

10. Einrichtung einer umfassenden Statistik, sowohl über die Arbeitslosigkeit und Vermittlungstätigkeit.

11. Herausgabe einer in kurzen Zeitabständen erscheinenden Zeitschrift, welche insbesondere Informationen über den Arbeitsmarkt, zum Zwecke eines Ausgleiches der verfügbaren freien Arbeitskräfte veröffentlicht. Freie Stellen, die vom örtlichen Arbeitsnachweis nicht besetzt werden können, wären in dieser Zeitschrift zu veröffentlichen.

12. Die Arbeitsnachweise haben entsprechend den beruflichen Bedürfnissen besondere Abteilungen einzurichten.

13. Gewerkschaftliche Einrichtungen sind in die allgemeine Organisation einzugliedern. Erstreckt sich das Arbeitsgebiet einer solchen für einen Beruf auf ein großes Gebiet, dann werden solche Einrichtungen dem Allgemeinen gleichgestellt. Einrichtungen, deren Wirksamkeit sich nur auf ein örtlich begrenztes Gebiet erstreckt, sind als Abteilungen den allgemeinen Arbeitsnachweisen anzugliedern. Das gleiche gilt, wenn durch Tarifverträge neue Einrichtungen geschaffen werden. Solchen Abteilungen sind Räume im Arbeitsnachweis beizustellen.

14. Die Arbeitsnachweise können in einzelnen Gemeinden Nebenstellen errichten.

15. Die Arbeitsnachweise sind durch paritätisch zusammengesetzte Kommissionen der Arbeiter, Angestellten und Arbeitsgeber zu verwalten. Die Kommission hat einen unparteiischen Vorsitzenden zu bestellen. Kommt es zu keiner Einigung dann bestellt ihn das Reichsarbeitsamt. Die paritätische Kommission wird nach dem Verhältniswahlrecht gewählt.

16. Der Kommission obliegt die Aufsicht über die gesamte Geschäftsführung des Arbeitsnachweises. Sie bestellt die zur Führung der Geschäfte notwendigen und beruflich geeigneten Kräfte.

17. Als zentrales Organ ist ein Reichsarbeitsamt zu errichten. Das Reichsarbeitsamt führt die Gesamtstatistik und die Oberaufsicht über die öffentlichen Arbeitsvermittlungsstellen. Ihm obliegt die Herausgabe der Zeitschrift und die zentrale Vermittlungstätigkeit. Den Vorsitzenden bestellt das Ministerium für soziale Fürsorge. Neben dem Vorsitzenden ist ein paritätisch zusammengesetzter Verwaltungsausschuß nach dem Verhältniswahlrecht zu wählen.

18. Die Kosten für die örtlichen Arbeitsnachweise tragen die Gemeinden und Bezirke. Den Nachweisen ist Portofreiheit einzuräumen. Der Staat trägt die Kosten des Reichsarbeitsamtes.

Nachtrag zu Punkt 17.

Diese Zeitschrift hat den sprachlichen Bedürfnissen der Arbeiter- und Angestelltenschaft zu entsprechen.

Eine Aufgabe der Gewerkschaften.

Genosse J. L., Prag, schreibt uns:

Der „Sozialdemokrat" vom 6. Dezember 1924 schrieb anläßlich des Karlsbader Gewerkschaftskongresses: „Die große Bedeutung der Gewerkschaft besteht darin, die Arbeiterschaft zur Führung des Produktionsprozesses fähig zu machen und damit eine der wichtigsten Voraussetzungen des Sozialismus zu schaffen."

Wir sind überzeugt, daß die Führer der Gewerkschaften auf allen Gebieten versuchen, dieser Aufgabe gerecht zu werden; sie veranstalten Vorträge und Kurse, verbreiten ihre Zeitungen, agitieren und arbeiten bis zum Erlahmen ihrer Kräfte — und doch haben sie nicht überall den gewünschten Erfolg. Besonders in der unmittelbar vergangenen Periode der ungeheuren Weltwirtschaftskrise hatten besonders die Gewerkschaften einen recht schweren Stand. Doch sind nicht nur die ökonomischen Verhältnisse den Gewerkschaften in ihrer Arbeit hinderlich; sehr viele Schwierigkeiten bereitet heute noch immer die Indifferenz vieler Arbeiter. Ein Teil der indifferenten Arbeiter rekrutiert sich aus den Kreisen jener, denen durch die Spaltung jedwede Organisation verleidet wurde; ein anderer Teil, und sicher kein geringer, bleibt der Organisation aus stumpfer Gleichgültigkeit fern. Woher kommt diese stumpfe Gleichgültigkeit? Sie gehört ganz und gar nicht zur Eigenart der Arbeiterklasse, die ist im Gegenteil begeisterungsfähig, bildungshungrig und an allen politischen und ökonomischen Fragen interessiert. Es muß sich also etwas Fremdes eingeschlichen haben, etwas, das den Kampfgeist der Arbeiter getrübt hat. Und was ist das? Es ist die Schnapsflasche und das Bierglas.

So mancher Arbeiter hat in den schweren Zeiten der Arbeitslosigkeit und wohl auch zu anderen Zeiten, in seinem Heim nur Not und Elend gefunden und suchte einen Ausweg. Er ging ins Wirtshaus. Nachdem er ein gewisses Quantum alkoholischer Getränke zu sich genommen hatte, erschien ihm seine Lage schon nicht mehr so traurig; ja wenn er dann noch mehr trank, war er der Glücklichste aller Sterblichen. Und so führt ihn nun immer der Weg, wenn ihn ein Unheil trifft, oder wenn er in einer schweren wirtschaftlichen Lage ist, ins Gasthaus — zum Bierglas. Doch das führt ihn immer tiefer ins Elend. Der beste Weg, den er in einer schweren wirtschaftlichen Situation nun könnte, wäre zur Gewerkschaft, dort fände er wirkliche Hilfe; er hat aber verlernt Hilfe zu suchen; das Bierglas lehrte ihn Trost suchen. Trost statt Hilfe! Das ist das, was uns immer die Kirche bot, die uns empfahl, uns nur tüchtig zu plagen und zu darben, denn wenn wir schön brav für die Unternehmer Reichtümer über Reichtümer gesammelt hätten und nachher, als Greise, verhungert seien, erwarte uns das Himmelreich. Wie würden wir den Gewerkschafter ansehen, der den Trost der Kirche stillschweigend billigen würde! Den Trost des Alkohols verwirft aber niemand entschieden! Ja man versucht dem Problem auszuweichen: das sei nicht Sache der Gewerkschaften; zur Bekämpfung des Alkoholismus sei der Arbeiterabstinentenbund da. Der Arbeiterabstinentenbund will sich dieser seiner einzigen Aufgabe nicht entziehen; er kann aber sicher nicht zusehen, wie das Ergebnis seiner Arbeit systematisch, wenn auch unbeabsichtigt, vernichtet wird. Die Leute, die diesen Einwand bringen, denken: „Die Abstinenten haben ja ganz recht, aber wir werden uns deswegen unser Vergnügen nicht nehmen lassen, bei einem Glas Bier ist's ganz gemütlich." Diesen Leuten möchte ich ein Wort Viktor Adlers vorhalten: „Die Arbeiterschaft hat keinen größeren Feind als diese verdammte Gemütlichkeit! Ich hasse sie, diese Schlaffheit mit kurzsichtigen Aufregungen, die spießerhafte Simpelei, deren letzte Steigerung das letzte Wort des gemütlichen Wienertums ist: „Verkauft's mei G'wand, i bin im Himmel"."

Und das ist das Gefährliche an der Sache: der Trinker „verkauft sei G'wand", er nimmt keine Rücksicht auf seine wirtschaftliche Lage und ist zufrieden. Gerade das ist es, gegen das die Gewerkschaften seit Jahr und Tag kämpfen, gegen die Gleichgültigkeit, gegen die Indifferenz der Arbeiter. Deshalb müssen wir die Trunksucht bekämpfen, das heißt einzig und allein — die Abstinenz fördern, wollen wir der Gewerkschaft helfen ihre großen Aufgaben restlos zu erfüllen. Der Kampf kann aber nur von innen heraus erfolgen; eine jede Gewerkschaftsortsgruppe soll, unbeschadet ihrer großen Aufgaben, eine Pflegestätte des Enthaltsamkeitsgedankens sein. Wenn aus den Gewerkschaftsversammlungen das Trinken ausgeschaltet sein wird, werden wir dem Ziel näher gekommen sein, werden wir befähigter sein, den Produktionsprozeß zu führen.

Wenn aber weitergetrunken wird, wenn die Gewerkschaftsvertrauensleute weiter den Arbeitern ein schlechtes Beispiel geben, sind sie mitverantwortlich für die Trunksucht und Trunksuchtsindifferenz der Arbeiter, und haben dadurch den Aufstieg der Gewerkschaften nicht genügend gefördert.

Neue Konjunktur in den Vereinigten Staaten. Nach der Präsidentenwahl hat die bereits gebesserte Konjunktur in den Vereinigten Staaten weitere Fortschritte gemacht. Das bestehende System mit den Hochschutzzöllen und den übrigen Begünstigungen für das Kapital wird weiter aufrechterhalten. Das beruhigte Großkapital ist daher zur Erweiterung der Produktion geschritten. Die Eisenbahnen, die sich dort im Privatbesitz befinden, erteilten riesige Bestellungen. Die Eisen- und Stahlwerke sind wieder gut beschäftigt und die Preise sind seit April zum ersten Male wieder gestiegen. Auch die Textilindustrie ist wieder belebt. An der Börse sind die Aktienwerte gewaltig gestiegen. Der Börsenumsatz hat einen bisher noch nie vorhandenen Umfang erreicht. Die Kosten der Lebenshaltung haben sich seit Oktober dauernd erhöht.

Ein internationaler Filmtrust. Ueber die Interessengemeinschaft zwischen dem zum Stinnes-Konzern gehörigen Westi-Film-Konzern und dem Französischen Filmkonzern Pathé werden jetzt Einzelheiten bekannt. Die Interessengemeinschaft wird zusammengefaßt durch eine gemeinsame Dachgesellschaft Pathé-Westi, die in erster Linie die monopolartige Belieferung der von den beiden Konzernen beherrschten Theatergesellschaften zum Gegenstand hat. Das Pathé-Konsortium-Cinéma kontrolliert in Frankreich über 800 Theater und liefert außerdem nach anderen Ländern. Ihr steht auf deutscher Seite gegenüber die Westi-Film-A.-G., die Vertriebsgesellschaft des Westi-Konzerns. Der letztere verfügt über ein großes Produktionsunternehmen in der Aktiengesellschaft Ciné-France-Film, während das Pathé-Konsortium in der Ciné-Romans die größte französische Filmherstellerfirma besitzt. So sind zwei große Produktions- und zwei große Betriebsfirmen der internationalen Filmbranche zu einer einheitlichen Gesellschaft trustartig zusammengeschweißt.

Genossen! Ihr müsset unausgesetzt für die Verbreitung unserer Zeitung agitieren. Setzt euch überall für unsere Parteipresse ein. In das Heim des Arbeiters gehört die Arbeiterpresse. Darum, Genossen u. Genossinnen **agitiert**

Die Botschafterin Sowjetrußlands in Norwegen.

Frau Alexandra Kolontai.

Ein schwerer Unfall ereignete sich, wie aus Zittau (Sachsen) gemeldet wird, beim Umbau der dortigen Schlachthofanlagen. Der Maurerpolier Reinhard Kühn aus Niederoderwitz, ein überaus gewissenhafter, zuverlässiger Baufachmann, leitete im Schlachthof den Transport eines der schweren Ammoniak-Kühl-Aggregate nach dem neuen Aufstellungsplatz. Obwohl alle Vorsichtsmaßregeln getroffen waren, schlug das Kühlröhrensystem um und begrub den Polier unter sich. Kühn erlitt einen Wirbelsäulenbruch, Rippenbrüche und weitere innerliche Verletzungen. Er wurde im Krankenauto sofort nach dem Stadtkrankenhaus gebracht, konnte aber nicht mehr gerettet werden, sondern starb noch am gleichen Tage.

Einsturz eines Neubaues. Donnerstag stürzte in Neumünster bei Kiel plötzlich ein Flügel des ziemlich fertiggestellten dreistöckigen Neubaues des „Allgemeinen Bau- und Sparvereines für Neumünster und Umgebung" mit großem Getöse in sich zusammen und begrub unter seinen Trümmern acht Personen. Von diesen wurden zwei getötet, vier schwer und eine leicht verletzt. Eine Person blieb unverletzt. Der noch erhalten gebliebene Teil des Hauses weist starke Risse auf.

Erstickungstod zweier Kinder. Ein tragischer Unglücksfall hat sich in dem Kreise Schlochau (Pommern) gelegenen Dorfe Briesnitz zugetragen. Die Ehefrau des dort wohnenden Arbeiters König war zum Wochenmarkte nach Baldenburg gegangen und hatte ihre beiden jüngsten Kinder im Alter von zwei und vier Jahren allein in der Wohnung zurückgelassen. Als die Frau vom Markt zurückkehrte, fand sie die Stube voll Rauch; die beiden Kinder lagen tot im Zimmer. Sie waren erstickt. Wahrscheinlich hat sich das ältere der beiden Kinder in Abwesenheit der Frau am Herdfeuer zu schaffen gemacht, aus dem glühende Kohlenstücke herausgefallen waren. In den sich bildenden Rauchgasen fanden beide Kinder den Tod.

Sauerstoff zur Luftverbesserung. Im Pariser Stadtrat ist lebhafte Klage darüber geführt worden, daß in den Tunnels der Untergrundbahn eine unerträgliche Luft herrsche. Der Polizeipräfekt hat daraufhin die Verkehrsbehörden ersucht, gemeinsam mit der Direktion der Untergrundbahn zu erwägen, wie man die Luft in den Tunnels verbessern können. Vorgeschlagen wurde zunächst die Anwendung von aromatischen und desinfizierenden Substanzen. Seit einigen Tagen ist man dazu übergegangen, Sauerstoff in großen Mengen zur Verbesserung der unterirdischen Atmosphäre anzuwenden, und, wie die Pariser Blätter berichten, hat man damit bereits ausgezeichnete Erfolge erzielt.

Hundertprozentige amerikanische Zivilisation. In Charleston im Staate Missouri ist Donnerstag abends ein Neger gelyncht wurden, welcher beschuldigt wurde, ein weißes Mädchen vergewaltigt zu haben. Die aufgebrachte Menschenmenge bemächtigte sich trotz des Widerstandes der Polizei des Negers und erhängte ihn. Dann schoß sie noch drei Schüsse auf ihn ab. Darauf schnitten sie den Leichnam ab, banden ihn an ein Motorrad und schleiften ihn durch die Straßen des Negerviertel. Hierauf verbrannten sie den Leichnam auf einem großen Scheiterhaufen.

Eine Brücke über den Zambesi. Für den weiteren Ausbau des ostafrikanischen Eisenbahnnetzes wird jetzt zwischen Sena und Mutaraca eine riesige Brücke über den Zambesi geschlagen, mit einem Kostenaufwand von 800.000 Pfund. Man hofft dadurch, die wirtschaftliche Entwicklung von Nyassaland und Nordrhodesien sehr zu fördern.

Im Sturzflug das Gehör wiedererlangt. Auf seltsame Weise wurde dieser Tage in Chicago ein hartnäckiger Fall von Taubheit vollständig geheilt. Eine junge Engländerin, Miß Gwendolyn Caswell, war im Jahre 1919 nach Chicago gekommen und hatte sich dort fünf Jahre lang von den ausgezeichnetsten Aerzten behandeln lassen, die ihre ganze Kunst aufboten, um ihr das Gehör wiederzugeben. Da kein Mittel verfangen wollte, beschloß sie auf Anraten der Aerzte sich einer besonderen Kur zu unterziehen, die in einem Flug durch die Lüfte bestehen sollte. Das Flugzeug, dem sich die taube Miß anvertraute, ging bis zu 3000 Meter Höhe und führte dann plötzlich einen Sturz von 500 Metern in die Tiefe aus. Durch die heftige Erschütterung, die dadurch hervorgerufen wurde, hat Miß Caswell ihr Gehör wiedererlangt. So wissen es wenigstens amerikanische Blätter zu berichten . . .

Adamskostüm für die Tropen? Weiße Männer und insbesondere weiße Frauen müssen sich zu dem im Paradies getragenen Kostüm bekehren, wenn sie bei ihrem Kolonisationsversuchen in tropischen Ländern durchgreifende Erfolge erzielen wollen. Das ist wenigstens die Ansicht des Professors P. F. Fyson zu Berhampore in Bengalen, die in der letzten Nummer der „Nature" ausführlich begründet ist. Er glaubt, daß hohe Hitzegrade für Weiße durchaus erträglich sind, wenn sie sich in ihrer Bekleidung den Temperaturbedingungen der Tropen mehr als bisher anpassen. Die Inder kleiden sich nur an, wenn sie Europäern vor die Augen treten. Sonst zeigen sie sich in paradiesischer Nacktheit. Nach Professor Fyson muß sich der Europäer, wenn er die Tropentemperatur ohne Schaden für seine Gesundheit ertragen will, dieser Gewohnheit anpassen, um die Hautatmung nicht zu behindern. Frauen leiden unter der Hitze ungleich mehr als die Männer, weil sie nicht so gut wie diese die Unterkleidung entbehren können. Wenn man in den Tropen erfolgreich sein will, muß sich der weiße Mann und vor allen Dingen die weiße Frau endlich des Vorurteils entledigen, daß der nackte Körper unanständig sei. Ist das erst einmal geschehen, so wird keine Schwierigkeit bestehen, in der Bekleidung dem Beispiel der Inder zu folgen.

Witterungsübersicht vom 19. Dezember. Am Donnerstag ist in ganz Böhmen und Mähren eine leichte Erwärmung eingetreten. Die Nachmittagstemperaturen stiegen überall auf 1 bis 2 Grad über Null. In Südböhmen erreichten die Maxima 5 Grad Celsius. Die Druckverteilung war unverändert. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Keine erhebliche Aenderung.

Volkswirtschaft.

Das internationale Eisen- und Stahlkartell.

Die Verhandlungen zwischen der deutschen und französischen Schwerindustrie zur Schaffung eines Eisen- und Stahlkartells wurden auf den 16. Dezember vertagt. Von den Verhandlungen wird die Schwerindustrie Englands, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Tschechoslowakei und Polens auf dem Laufenden gehalten. Diese Länder sollen später, sobald in ihnen festgefügte nationale Kartelle zustande kommen, in das internationale Kartell hineinbezogen werden. Es ist das große europäische Kartell im Entstehen begriffen. Die Eisenindustrie der Vereinigten Staaten könnte aus gesetzlichen Gründen dem nicht beitreten, nach dem „Manchester Guardian Commercial" wäre es jedoch möglich, diese Gesetze zu umgehen. Diesem Blatte zufolge möchte die deutsche Schwerindustrie, obwohl sie für die größtmögliche Ausdehnung des Kartells ist, nur langsam vorgehen, in der Hoffnung, daß sie einige Monate später günstigere Bedingungen — Produktions- und Absatzquoten — erhalten kann.

Die Befürworter des internationalen Kartells weisen auf die großen Verschiebungen hin, die seit dem Kriege in der Eisen- und Stahlindustrie erfolgten. Die Roheisenproduktion der Welt betrug 1913 73 Millionen Tonnen, 1923 72 Millionen. Die Stahlerzeugung 1913 73 Millionen, 1923 74 Millionen. Die Vorkriegsmengen sind demnach erreicht, aber mit folgenden Veränderungen: 1. Die Ziffern für Europa sanken um 30 Prozent, von je 45 Millionen Tonnen Eisen- und Stahlerzeugung 1913 auf je 33 Millionen 1923. 2. Die Leistungsfähigkeit der Industrie ist aber dank den Erweiterungen der Betriebe während des Krieges und der Industrialisierung einer Anzahl von Ländern viel größer als vor dem Kriege. 3. Die Absatzmöglichkeiten haben sich in Mittel- und Osteuropa infolge von politischen Schwierigkeiten, Agrarkrise und Betriebsmittelknappheit sehr verschlechtert. 4. Deutschland hat vor dem Kriege 80 Prozent seiner Erzeugung verbraucht, das übrige ausgeführt. Gegenwärtig ist es auf Einfuhr angewiesen, es wird aber damit gerechnet, daß seine Produktion bald auch zur Ausfuhr reichen wird. 5. Frankreichs Erzeugung ist in ständigem Steigen begriffen; seine Roheisenerzeugung betrug in diesem Jahre 6.4 Millionen Tonnen gegenüber 5.2 im Jahre 1913 (ohne Lothringen), die Stahlerzeugung 5.7 Millionen gegenüber 4.7 Millionen im Jahre 1913. Seine Leistungsfähigkeit wird aber auf zwölf Millionen Tonnen für die Stahlerzeugung und auf zehn Millionen für Roheisen geschätzt, wovon kaum die Hälfte im Inland verbraucht werden kann. Frankreich ist daher auf den ausländischen Absatz, vor allem auch auf den deutschen, in größtem Maß angewiesen, und hat, wenn auch nicht für die Gegenwart, so doch für die Zukunft diesbezüglich große Sorgen.

Bei den Verhandlungen der deutschen und französischen Schwerindustrie handelt es sich um verschiedene Fragen. Das zu gründende Kartell soll der Schwerindustrie der betreffenden Länder für einen jeden ausländischen Absatzmarkt bestimmte Prozentsätze zuweisen, um dadurch die Konkurrenz auszuschalten. Ein weiterer Punkt ist die Zulassung des lothringischen Eisens und Stahls nach Deutschland. Bekanntlich hat die deutsche Schwerindustrie den Vorschlag gemacht, ein Million Tonnen lothringischen Eisens im Jahr unmittelbar zu übernehmen. (Die französischen Schwerindustriellen verlangen dem „Manchester Guardian Commercial" zufolge eineinhalb Millionen Tonnen im Jahr für drei Jahre.) Sie will dann diese Mengen an die verarbeitende Industrie zu den eigenen Kartellpreisen weiterverkaufen, die dank der geplanten Erhöhung des Eisenzolles um 50 Prozent ihr zu großen Gewinnen verhelfen würden. Dafür soll Frankreich seinen Widerstand gegen die Erhöhung des Eisenzolles aufgeben und die Frachtraten für die Produkte der deutschen eisenverarbeitenden Industrie herabsetzen, ein Wunsch, dem sich die eisenverarbeitende Industrie Frankreichs widersetzt. Es handelt sich außerdem noch um gegenseitigen Austausch von Koks und Eisenerz zwischen Deutschland und Lothringen. Angeblich wünscht die französische Schwerindustrie auch noch die Ueberlassung des Eigentums einzelner Ruhrbergwerke beziehungsweise die Beteiligung an diesen. Es ist bei der gegenwärtigen Lage nicht anzunehmen, daß diese Wünsche erfüllt werden.

Konsum- und Spargenossenschaft für Nordmähren und Westschlesien. Am Sonntag, den 14. Dezember 1924 fand die Generalversammlung der Konsum- und Spargenossenschaft für Nordmähren und Westschlesien im Arbeiterheim Mährisch-Schönberg statt. Der Saal des Arbeiterheimes in Mähr.-Schönberg, welches ebenfalls Eigentum der Genossenschaft ist, erwies sich fast als zu klein, um alle Angekommenen fassen zu können. Der Arbeiter-Gesangverein „Morgenröte" brachte vor Beginn der Versammlung den gemischten Chor „Die Internationale" zum Vortrag und wurde hierauf die Generalversammlung vom Vorstande des Aufsichtsrates, Genossenschafter Schiller eröffnet. Derselbe konstatiert mit voller Berechtigung, daß die anwesenden 300 Personen die Elitetruppe der nordmährischen und westschlesischen Genossenschaftsbewegung und somit der Arbeiterschaft ist und geht zur Tagesordnung über. Der Bericht des Vorstandes wurde in einem Referat vom Geschäftsführer Genossen Schreier gegeben, welcher im Anfang darauf hinwies, aus wie kleinen Anfängen und unter welchen schwierigen Verhältnissen die Pioniere unserer Genossenschaft ebenfalls arbeiten mußten, bis es endlich nach manchen Rückschlägen gelang, zu der heutigen Größe der Genossenschaft zu kommen. Durch die Fusionierung im Laufe dieses Somers ist die Genossenschaft zum größten Handelsunternehmen von Nordmähren und Westschlesien geworden. Der Bericht wird ohne Debatte und einstimmig zur Kenntnis genommen und dem Vorstande die Entlastung erteilt. Desgleichen wurde der Bericht des Aufsichtsrates, sowie des Genossenschaftsrates einstimmig genehmigt. Nachdem auch die Nach- und Neuwahlen in den Vorstand und Aufsichtsrat, sowie die übrigen Tagesordnungspunkte erledigt waren, wurde nach einem anfeuernden Schlußworte des Gen. Schreier die schöne und einträchtig verlaufene Generalversammlung geschlossen.

Vermögensabgabe der Stiftungsfonds. Mit der Zuschrift vom 17. März 1924, Zahl 99382/19001/22—III/7 a hat das Finanzministerium dem Ministerium für Schulwesen und Volkskultur in Angelegenheit der Vermögensabgabe der Stiftungsfonds mitgeteilt, daß laut Erkenntnisses des Obersten Verwaltungsgerichtes vom 13. Dezember 1922, Zahl 19180/22 für die Frage, ob die Stiftung zu den im § 4, II., des Gesetzes vom 8. April 1920, Slg. d. G. u. Vdg., Nr. 309 über die Vermögensabgabe angeführten Zwecken dient, der Stand vom 1. März 1919 entscheidend ist, und daß nach dem Erkenntnisse des Obersten Verwaltungsgerichtes vom 12. Oktober 1923, Zl. 16381/23, Eigentumsobjekte, die den in der oben angeführten Gesetzesbestimmung angeführten Zwecken dienen, nämlich gottesdienstlichen, öffentlichen, Wohltätigkeits-, Bildungs- und Kulturzwecken, von der Vermögensabgabe auch dann befreit sind, wenn lediglich ihre Erträgnisse (also nicht ihre Substanz) jenen Zwecken gewidmet sind und auch tatsächlich hiefür verwendet werden. Infolgedessen dürfte daher das zu den im zitierten § 4 bezeichneten Zwecken dienende Stiftungsvermögen in der Regel von der Vermögensabgabe befreit sein. Im Hinblicke auf diese Mitteilung trägt die politische Landesverwaltung als Stiftungsbehörde, gemäß Erlasses des Ministeriums des Innern vom 25. Oktober 1924, Zl. 71699/24—9, den Aemtern auf, den Verwaltungsorganen aller Stiftungen, die den Voraussetzungen des bereits angeführten § 4, II., des Gesetzes über die Vermögensabgabe entsprechen und diese ihnen vorgeschriebene Abgabe ganz oder teilweise bezahlt haben, sofort die Weisung zu geben, bei den kompetenten Finanzbehörden unverzüglich um Rückerstattung des bezahlten Betrages anzusuchen.

Produktenbörse. (Off. Bericht vom 18. Dezember.) Der Besuch an der heutigen Börse war merklich gering, namentlich die Provinz war wenig vertreten. Das Geschäft bewegte sich in engsten Grenzen. Weizen und Roggen, deren Preise sich auf amerikanische Nachrichten etwas befestigten, herrschte größere Nachfrage. In einzelnen Börsenkreisen wird darauf hingewiesen, daß die heimischen Getreidevorräte durch Auslandsware nicht genügend ergänzt sind, obzwar ein baldiges Zufrieren der Wasserstraßen zu erwarten ist. Die Untätigkeit der betreffenden Faktoren wird sehr kritisiert. Mehl war heute etwas fester, ebenso Fett. Die übrigen Marktartikel waren fast geschäftslos und die dienstätigen Notierungen blieben hier nominell in Geltung. Es notierten in K: Weizen 215 bis 225 ab Prag, Roggen 210 bis 218 ab Prag, Gerste 250 bis 265 ab Prag, Hafer 145 bis 155 ab Prag, Weizenmehl 1 0 3.50 bis 3.55, Roggenmehl 0 3.30 bis 3.35, Weizengries 3.70 bis 3.75, amerikanisches Fett 15.35 bis 15.55.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

New York	100 Kč	. . . . .	Dollar 3.03'25
Zürich	100 „	. . . . .	Schweiz. Frank 15.67'50
Berlin	1 „	. . . . .	Mark 127.400,000,000'00
Wien	1 „	. . . . .	österr. Kronen 2.136'00

Gerichtssaal.

Todesurteil gegen Haarmann und Grans.

Hannover, 19. Dezember. Der Mordprozeß gegen Haarmann und Grans hat heute vormittag sein Ende gefunden. Um ½11 Uhr vormittag wurde das Urteil gefällt. Es lautete gegen Haarmann: 24mal zum Tode wegen Mordes in 24 Fällen. Gegen Grans: Zum Tode wegen Anstiftung zum Morde und Beihilfe in einem Falle und zu 12 Jahren Zuchthaus wegen bloßer Anstiftung in einem anderen Falle. Ferner wurden beiden Angeklagten die bürgerlichen Ehrenrechte dauernd abgesprochen.

• • •

Das Schlußwort Haarmanns.

Zu einer Sensation des Prozesses gestaltete sich am Donnerstag das Schlußwort Haarmanns. „Ich habe anfangs geleugnet, wie jedes Kind geleugnet hätte; jetzt aber sage ich die Wahrheit." Nun schildert er seine Kindheit, seine ersten Verfehlungen und die Tragödie seines Sinnenlebens. Wieder beteuert er, nicht geisteskrank zu sein: „Ich will nicht wieder in eine Irrenanstalt.

Verurteilen Sie mich zum Tode.

Ich bin nicht wahnsinnig." — Bezüglich Grans, den er im letzten Augenblicke offenbar wieder entlasten möchte, erklärt er, er habe ihm wohl junge Leute zugeführt, nie aber mit der Absicht, sie ihm als Opfer auszuliefern. Er könne die Morde höchstens „gefühlt" haben. Haarmann sagt schließlich, er habe vor Gott auf den Knien gelegen und sei über seine krankhafte Veranlagung unglücklich gewesen; doch erkläre er diese Veranlagung nicht deshalb für krankhaft, um freigesprochen zu werden. „Ich will nur Gerechtigkeit und bitte Euch, machts kurz, macht es bald. Erlöst mich von diesem Leben, das eine Qual ist. Ich werde kein Gnadengesuch einreichen und keine Revision." Am Schlusse seiner Rede kniet Haarmann in der Anklagebank nieder und schluchzt leise vor sich hin.

Auch Grans entschloß sich nach Zureden seines Verteidigers zu einem Schlußworte, in dem er nochmals jegliche Teilnahme und Mitwisserschaft an den Morden bestritt.

Vor der Urteilsverkündung.

Hannover, 19. Dezember. Im Zuschauerraum herrschte heute ein ungeheurer Andrang. Die Kontrolle war jedoch auf das äußerste verschärft. Bei der Staatsanwaltschaft war eine amtliche Mitteilung aus einer entfernten Stadt eingelaufen, daß von dort ein wegen seines exaltierten Wesens bekannter Mann nach Hannover gefahren sei, um Haarmann sofort nach seiner Verurteilung zu erschießen und so eine eventuelle Begnadigung zu verhindern. Alle Personen, die den Zuschauerraum betraten, wurden auf das genaueste nach Waffen untersucht. Außerdem war ein besonders starkes Kommando der Schutzpolizei im Saale postiert und unter den Zuschauern verteilt. Haarmann hat heute, als er zum letztenmal vom Gefängnis zum Gericht überführt wurde, einen seiner Wünsche erfüllt gesehen. Ein Kinooperateur hatte auf dem Gange Aufstellung genommen und als er ankurbelte, rief Haarmann in seiner krankhaften Eitelkeit aus: „Also kommt ich doch ins Kino!"

24mal zum Tode . . .

Schon kurz nach 10 Uhr war der Gerichtshof im Verhandlungssaal erschienen. Der Vorsitzende gibt dem Angeklagten Grans bekannt, daß er im Falle Hannapel nicht nur wegen Anstiftung zum Morde, sondern auch wegen Beihilfe bestraft werden kann und fragt den Angeklagten, ob er sich dazu äußern kann. Der Angeklagte und der Verteidiger verzichten auf das Wort. Das Gericht zieht sich noch einmal zurück, tritt aber nach einer kurzen Pause wiederum in den Saal, um das Urteil zu verkünden. Im selben Augenblick kommen aus einer Seitentür zwölf Schutzpolizeibeamte, die sich zwischen Gerichtshof und Zuschauerraum aufstellen, und zwar so, daß sie das Gesicht dem Zuschauerraum zuwenden und alle Personen im Auge behalten. Unter lautloser Stille verkündet der Vorsitzende dann das Urteil.

Haarmann und Grans nehmen stehend und ohne irgendwelche Zeichen der Erregung nach außen hin zeigend, Urteil und Begründung entgegen.

Nachdem der Vorsitzende geendet hatte, erhob sich Haarmann, um die Erklärung abzugeben daß er

das Todesurteil voll und ganz annehme.

Oberstaatsanwalt und Verteidiger, sowie der Vorsitzende versuchen, auf Haarmann einzuwirken, diese Erklärung nicht gleich abzugeben, sondern sich die Sache erst zu überlegen. Haarmann erklärte jedoch:

„Ich habe mir das schon lange überlegt. Ich nehme das Urteil an."

Diese Erklärung wurde daraufhin in das Protokoll aufgenommen. Grans hielt dagegen mit seiner Erklärung zurück.

Anmeldung

für ein Neujahrsglückwunsch-Inserat im „Sozialdemokrat". Preis Kč 10.—

Name (Firma) d. Bestellers ....

....

Ort ....

Betrag von Kč 10.— folgt per ....

....

Alle Genossen und Genossinnen, sowie sämtliche Körperschaften unserer Bewegung, die ihre Anmeldung noch nicht durchgeführt haben, werden gebeten, die Bestellung mittels des obigen Formulares unverzüglich vorzunehmen!

Sorget dafür, daß alle unsere Funktionäre und Körperschaften an dieser Aktion teilnehmen! 3127

Die Urteilsbegründung.

erklärt u. a.: Das Gericht ist in Uebereinstimmung mit den Sachverständigen zu der Ueberzeugung gekommen, daß Haarmann nicht geisteskrank und auch nicht Epileptiker ist, daß er sich auch bei seinen Taten nicht im Zustande der Bewußtlosigkeit befand, ebensowenig in einem krankhaften Zustand, der die Zurechnungsfähigkeit ausschließt. Das Gericht steht auf dem Standpunkt, daß die Taten mit Vorsatz und Ueberlegung ausgeführt worden sind. Haarmann ist ein Mensch, der sich scheute, ehrliche Arbeit zu leisten. Er hat gebettelt und gestohlen, Spitzeldienste geleistet und dabei durchaus überlegt gehandelt, um sich das Vertrauen der Beamten zu erringen. Daß Haarmann im Geschlechtsrausch gehandelt hat, wie er angibt, hält das Gericht für ausgeschlossen, denn dann wären die Taten nicht so vorbereitet gewesen. In einzelnen Fällen mögen sexuelle Gründe maßgebend gewesen sein und in anderen hat das Gericht die Ueberzeugung gewonnen, daß auch Gewinnsucht die Triebfeder zu diesen Verbrechen gewesen ist. Daß Haarmann mit Ueberlegung gehandelt hat, geht daraus hervor, daß er sich während der Tat mit seinem Körper auf den Körper des Opfers legte, um dieses wehrlos zu machen. Der Biß in die Kehle konnte nur ausgeführt werden, wenn das Opfer in einer bestimmten Lage lag und Haarmann seinen Mund in einer bestimmten Art auf die Kehle des Opfers brachte. Das Gericht hat keineswegs der Aufforderung Haarmanns Folge geleistet und etwa diesen oder jenen Mord einfach auf Haarmanns Konto geschrieben.

*

Dieses Urteil setzt wohl den Schlußpunkt unter einen der aufsehenerregendsten Prozesse der Rechtsgeschichte. In der Kriminalgeschichte ist die Person Haarmanns sicherlich einzig dastehend und nicht so leicht zu charakterisieren. Es müssen jetzt, nachdem der Prozeß abgeschlossen ist, diejenigen zu Worte kommen, die das Wesen eines Massen- und Sexualmörders zu erfassen verstehen und die nach reiflichem Studium der Verhandlungsprotokolle und Akten ein Bild Haarmanns — unbeeinflußt vom Geschrei der Sensationspresse — zu entwerfen imstande sind.

Zum Verständnis des Urteils sei angeführt: Nach den in Deutschland geltenden Gesetzen wird jedes Verbrechen gesondert bestraft, so daß Haarmann 24mal zum Tode verurteilt werden mußte. Diese Gesetzesgeltung bringt es auch mit sich, daß Grans sowohl zum Tode als auch zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt wurde.

Die „Wiederaufbauer".

Paris, 19. Dezember. Vor dem Gerichtshof in Lille wird gegenwärtig ein großer Wiederaufbau-Skandal verhandelt. Ein Industrieller hat 800.000 Franken Schadenersatz für seine zerstörte Fabrik gefordert und auch erhalten. Die Erhebungen des Präfekten des Nord-Departements haben ergeben, daß sich der besagte Industrielle bereits vor dem Krieg in Konkurs befand und daß der Betrieb der Fabrik stillag. Die Regierung verlangt die Rückzahlung des ausgezahlten Betrages und die Bestrafung des Industriellen.

Entführung.

Der Zirkuszauberer Karl Grimm aus Röchlitz, Stallmeister und Zauberer im Zirkus Josef Wertheim, hatte sich in die Pflegetochter des Wertheim, Josefine Fiala, verliebt, wobei dann der Kindersegen nicht ausblieb. Grimm mußte im Sommer einer Waffenübung nachkommen, während der er den Verkehr mit seinem Liebchen schriftlich fortsetzte, obwohl der Pflegevater davon nichts wissen wollte und den Verkehr zwischen den Beiden nicht duldete. Wertheim fing nun einen Brief ab und kündigte darauf sofort dem Grimm die Stellung. Nach der Waffenübung versuchte der verzweifelte Liebhaber, den Verkehr wieder fortzusetzen und folgte dem Zirkus überallhin heimlich nach. Er gab sich schon zufrieden, wenn er sein Mädchen nur einmal sehen konnte. Eines Tages gelang es endlich dem Grimm, sich in den Wagen des Mädchens einzuschleichen und überredete es, mit ihm zu fliehen. Die liebe Josefine war damit einverstanden; noch in derselben Nacht wurde die Flucht ausgeführt. Das Glück der beiden Verliebten dauerte jedoch nicht lange. In einem Barzdorfer Hotel wurden die beiden jungen Leute von der Gendarmerie aufgegriffen. Das Mädchen übergab man dem Vater, den Zauberer dem Landesgericht, vor dem er sich wegen Entführung zu verantworten hatte. Das Gericht verurteilte ihn zu zwei Monaten Kerker unbedingt.

Mit kochender Milch verbrüht.

Vor dem Olmützer Kreisgerichte war wegen des Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens die 26 Jahre alte Maurersgattin Marie Kobla aus Olmütz angeklagt. Am 11. Juli stellte die Angeklagte, als sie mit dem Mittagessenkochen beschäftigt war, einen Topf kochende Milch vom Herde weg auf den Tisch. Während sie selbst beim Ofen weiter kochte, spielte sich ihre dreijährige Tochter mit dem 13 Monate alten Knaben auf der Erde. In einem unbewachten Augenblick riß das jüngste Kind den Topf mit der kochenden Milch vom Tisch herunter und begoß sich mit dieser. Das Kind war am ganzen Körper verbrüht. Es ist einige Tage darauf infolge der furchtbaren Verletzungen im Spitale gestorben. Die Mutter wurde nun angeklagt, weil sie es an der nötigen Sorgfalt fehlen ließ. Da ihre Schuld jedoch nicht nachgewiesen werden konnte, fällte der Gerichtshof einen Freispruch.

Literatur.

Paul Kampffmeyer: „Vom Zunftgesellen zum freien Arbeiter" (Berlin 1924, J. H. W. Dietz). Das kleine, schön ausgestattete und mit bezeichnenden Bildern geschmückte Buch wirkt wie ein selbständiger Ausschnitt aus Kampffmeyers ausführlicher „Geschichte der modernen Gesellschaftsklassen in Deutschland". An der Hand von Dokumenten und zeitgenössischen Berichten verfolgt der Verfasser zunächst den Weg vom hörigen Handwerker zum unabhängigen städtischen Zunftmeister. Im Schoß der Handwerkerfamilie, vom Meister patriarchalisch behütet, wächst aus dem Knechtstand die Gesellschaft hervor und organisiert sich nach den in den Zünften üblichen Bräuchen, symbolischer Mittelpunkt des sozialen und kameradschaftlichen Zusammenhaltens unter den Gesellen, der sich auf alle Aeußerungen des Lebens, auf Fürsorge bei Wanderschaft, Arbeitslosigkeit, Krankheit und Invalidität erstreckt, ist die Gesellenlade. Was in der Zeit kraftvollen und wirtschaftlich begründeten Zunftlebens eine Selbstverständlichkeit ist: das familiäre Verhältnis zwischen Lehrling, Gesell und Meister, wird im Laufe der Entwicklung immer mehr zum drückenden Zwang und wie dieser sich auswirkte, zeigt Kampffmeyer, indem er den Gesellen des 19. Jahrhunderts uns im Zwange der Häuslichkeit des Meisters, der Zunft und der Polizei vorführt. Noch im Jahre 1848 war sich ein Großteil der Gesellen nicht bewußt, daß ihn die Schicksalsgemeinschaft der Klasse mit der Arbeiterschaft verbinde, und es bedurfte noch dreier Jahrzehnte, ehe die Gesellenschaft die Schale der veralteten Zunftsvorurteile vollkommen sprengte und in den Gewerkschaften aufging. Der gewerbliche und Industriearbeiter bekommt also mit Kampffmeyers schmalem Bande eine anschauliche Geschichte seiner klassenmäßigen Entwicklung in die Hand, und wenn dem Buche gegenüber ein Wunsch auszusprechen bleibt, ist es der einer strafferen Verbindung zwischen den einzelnen Kapiteln und Abschnitten. Es sind mehr die einschneidenden Punkte der Entwicklung hervorgehoben, als daß diese selbst in ihrem langsamen Verlauf und ihrer allseitigen Bedingtheit vorgeführt wird, ein Mangel, der durch den knappen Raum von 80 Druckseiten genügend erklärt ist. K.

Kunst und Wissen.

„Der Opernball" von Richard Heuberger. Der in Wien im Jahre 1898 zum erstenmale aufgeführte „Opernball" ist unter den genug zahlreichen Opern und Operetten des Grazer Tondichters Heuberger das einzige Werk, das sich dauernd auf den Spielplänen der deutschen Theater erhalten hat. Er ist Heubergers reifste und stilistisch geschlossenste Bühnenarbeit, trotzdem er einen eigenen Stil nicht besitzt, sondern sich ganz an das große Vorbild Johann Strauß' anlehnt. Die Vorzüge des ebenso liebenswürdigen wie geistreichen Musiktalentes Heubergers kommen in dieser Operette überzeugend zum Ausdrucke, nämlich entzückende und reich fließende Melodik, eine vornehme Art im Harmonischen, diskrete und die Gesangsstimmen niemals deckende Instrumentation und seltene Leichtigkeit des Konversationstones. Auch die Handlung des „Opernball"-Textbuches, das aus der Werkstatt der seinerzeit vielgesuchten Wiener Librettisten Leon und Waldberg stammt, hat Kopf und Fuß und könnte so mancher modernen Operette als Beispiel dienen. Der „Opernball" ist nichts anderes als die Probe der Männertreue durch zwei Französinnen, deren eine auf ihren Gatten schwört, während die andere die Männer genügend zu kennen meint, um ihrer Seitensprünge sicher zu sein. Der „Einladung" zum Rendezvous auf dem Opernballe, von unbekannter Damenhand geschrieben, folgen natürlich beide Ehemänner. Die Aufführung des in Prag viele Jahre nicht mehr gegebenen Werkes hatte nicht nur hohes künstlerisches Niveau, sondern auch Schwung. Alexander Zemlinsky als musikalischer Leiter des Abends zeigte sich auch im leichten Genre als der unübertreffliche Meister des Rhythmus und dynamischer Delikatesse. In den Hauptrollen taten sich die Damen de Garmo, Karst, Siklosy, Jenny und Longauer sowie die Herren Gabel, Bruch, Kober und Hörbiger hervor. —ek.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Samstag „Figaros Hochzeit"; Sonntag, nachmittags halb 3 Uhr Premiere „Frau Holle", abends „Gräfin Mariza".

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Samstag „Illusionist"; Sonntag Gastspiel Glöckner „Beide Herren der gnädigen Frau".

Mitteilung aus dem Publikum.

Stock Brandy Medicinal,
garantiert reines echtes, Weindestillat,
bester und angenehmster Reisebegleiter. 3008

Aus der Partei.

Kreiskonferenz Warnsdorf. Am letzten Sonntag fand in Rumburg die ordentliche Kreiskonferenz statt. Anwesend waren 72 Delegierte und 13 Gäste. Die Parteileitung hatte den Abg. Genossen Schäfer entsendet, die Pressevereinigung vertrat Genosse Kremser. Auf der reichhaltigen Tagesordnung standen sieben Punkte, unter anderem: Berichte der Kreisvertretung, Organisation der Gemeindevertreter und Fraktionen der Bezirksverwaltungskommissionen, Unsere Innen- und Außenpolitik, Bildungsbeitrag. Aus den Berichten war ein erfreuliches Anwachsen der Mitgliederzahl erkennbar; auch die Versammlungstätigkeit hat zugenommen. Parteiversammlungen wurden über ein Drittel mehr abgehalten als im Vorjahre. Das gleiche trifft bei den öffentlichen Versammlungen zu. Die Jugendorganisation hat bei außerordentlich fleißiger Tätigkeit in vielen entfernten Orten des Kreisgebietes festen Fuß gefaßt. Die organisierten Frauen machen ein Fünftel der Gesamtorganisation aus. In drei Lokalorganisationen bilden die Frauen eigene Sektionen. Eine lebhafte Debatte wurde über die Arbeiter-Sportorganisationen und die in manchem dieser Vereine beobachteten Neutralität abgeführt. Alle Redner nahmen den Standpunkt ein, daß sich jeder Sozialdemokrat auch als Sportler in jeder Beziehung offen zur Partei bekennen und an den Veranstaltungen der Partei teilnehmen müsse. Der Bericht wurde mit der Annahme von zwei Anträgen, von denen sich einer auf die künftige Tätigkeit, der andere auf Revision des Kreisstatutes bezieht, zur Kenntnis genommen. Abg. Gen. Schäfer erstattete sodann das Referat über „Unsere Innen- und Außenpolitik", welches große Aufmerksamkeit und am Schlusse lebhaften Beifall fand. Genosse Goth erstattete das Referat über die Organisation der Gemeinde- und Bezirksvertretervereinigungen, worauf ein diesbezüglicher Antrag angenommen wurde. Weitere drei Anträge, welche die Lokalorganisation Schönlinde eingebracht hatte, wurden teils angenommen, teils mit Zusätzen dem Parteivorstand überwiesen. Die neue Kreisvertretung setzt sich mit Ausnahme weniger Personen wie früher zusammen. Zum Kreisvertrauensmann wurde Genosse Oskar Elstner gewählt. Zur angeregten Einführung einer Bildungssteuer sprach sich die Konferenz in einem Antrage dahin aus, daß ein solcher Beitrag grundsätzlich zu begrüßen sei, daß aber diese Frage, jetzt realisiert, Mitgliederverluste zur Folge haben würde und daher auf einen späteren Zeitpunkt zu vertagen ist. Damit war die Konferenz beendet und der Vorsitzende konnte in seinem Schlußwort mit Recht auf ihren anregenden Verlauf und auf die erfolgversprechenden Ausblicke in die nächste Zukunft hinweisen.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech.
Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Nießner.
Druck: Deutsche Zeitungs-A.-G. Prag
Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Konkursausschreiben.

Im a. ö. Krankenhause in Aussig gelangt mit dem 1. Jänner 1925 die Stelle eines provisorischen

Sekundärarztes

auf der internen Abteilung zur Besetzung. Mit dieser Stelle ist ein Jahresdienstbezug von derzeit 11.867 K 16 h nebst freier Anstaltskost nach der besseren Verpflegsklasse — ohne Getränke — und einem Dienstzimmer verbunden.

Ledige Bewerber haben ihren schriftlichen Gesuchen folgende Belege beizuschließen: Doktordiplom, Heimatschein, Geburtsschein, Sittenzeugnis, den Nachweis, daß sie die tschechische Sprache genügend beherrschen, ferner die schriftliche Erklärung, daß sie keinen ständig honorierten Posten bekleiden und übernehmen und keine Privatpraxis ausüben, sowie eine Beschreibung der bisherigen Tätigkeit. Die Kündigungsfrist beträgt acht Wochen.

Die Gesuche sind bis längstens 31. Dezember 1924 hieranstalts einzubringen.

Aussig, am 15. Dezember 1924. 3140

Verwaltungsausschuß
des a. ö. Krankenhauses in Aussig.

Nachdruck wird nicht honoriert.

LIDO -IO 3301
„Die Herrenhoflage" Nach dem bekannten Roman von Selma Lagerlöf.
In den Hauptrollen: Elmar Hanson und Marie Johnson.
„Mädchen für Alles" Lustspiel in 6 Teilen. In den Hauptrollen Pat u. Patachon

Werbet bei jeder Gelegenheit für Euer Parteiblatt den „Sozialdemokrat"!

An die überzähligen Staatsangestellten!

Wir erhöhen die Produktion und den Export.
Wir erhöhen die Zahl der Mitarbeiter.
Wir erhöhen Ihre Einkünfte.
Wir nehmen Staatsangestellte auf.
Wir bekämpfen die steigende Teuerung.

Unterstützen Sie unsere Bestrebungen.

Sie bekommen gute billige Schuhe.
Sie finden gut bezahlte Beschäftigung.

18477

Bata